

Beschluss 104/10 gemäß Nr. 5.2 GO-AdV
TOP 3.5 der 104. Tagung des Plenums der AdV
Grundsätze für das Zusammenwirken von Amtlichem Liegenschaftskataster-
Informationssystem ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch

1. Das fachliche Zusammenwirken, insbesondere der Datenaustausch zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch wird länderübergreifend nach einheitlichen Regeln und Anforderungen gestaltet, die von den in der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz (BLK) zusammengeschlossenen Landesjustizverwaltungen und den in der AdV zusammengeschlossenen Vermessungsverwaltungen der Länder gemeinsam erarbeitet worden sind.
2. Die Daten zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch sollen generell in dem für die ALKIS®-Transferdaten zu definierenden Schnittstellenformat ausgetauscht werden.
3. Zur Begründung und bezüglich der näheren Einzelheiten wird auf den in der Anlage beigefügten Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe von AdV AK LK und BLK zum Thema „Grundsätze für das Zusammenwirken und fachliche Anforderungen für den Datenaustausch zwischen dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch“ verwiesen.
4. Die Leiter der Arbeitskreise „Liegenschaftskataster“ und „Informations- und Kommunikationstechnologie“ werden beauftragt,
 - das Weitere zur Umsetzung des Berichtes,
 - ggf. seine Harmonisierung mit der ALKIS®-Konzeption und
 - sich ergebende Folgearbeitenim Rahmen des laufenden ALKIS®-Projektes zu veranlassen. U.U. ist dabei das Benehmen mit dem Vorsitzenden der BLK-Arbeitsgruppe „Grundbuch- und Registerautomation“ herzustellen.
5. Der BLK wird angeboten, durch einen von ihr zu benennenden Vertreter der Landesjustizverwaltungen im Projekt ALKIS® mitzuarbeiten.

Begründung:

Zwischen dem Grundbuch und dem Liegenschaftskataster bestehen durch den Austausch von Daten gegenseitige Beziehungen. Da das Grundbuch auf der katastermäßigen Bezeichnung des Grund und Bodens aufbaut, bedingt jede Änderung in den entsprechenden Daten eine Änderung des Grundbuches. Umgekehrt verursachen eigentumsrechtliche Veränderungen eine Fortschreibung des Liegenschaftskatasters.

Um Doppelarbeiten zu vermeiden, wurde in der Aufbauphase des automatisierten Liegenschaftsbuches versucht, das Grundbuch in die Datenbank des Liegenschaftskatasters zu integrieren.

Das Grundbuch wird teils manuell, teils automationsgestützt geführt. Letzteres beinhaltet, dass die Erfassung von Rechtsänderungen über Textverarbeitungssysteme mit Bildschirmmasken erfolgt, programmgesteuert ausgedruckt und in herkömmlicher Weise archiviert wird. Das Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz eröffnet den Landesjustizverwaltungen die Option, bei den Amtsgerichten das Grundbuch mit den peripheren Verzeichnissen in digitaler Form und mittels digitaler Verarbeitungs- und Produktionsverfahren zu führen. Mittel- bis langfristig werden alle Landesjustizverwaltungen diese Option umsetzen.

Aus wirtschaftlichen Gründen ist es erforderlich, den Datenaustausch mit dem Liegenschaftskataster als dem amtlichen Verzeichnis i.S.d. Grundbuchordnung zu automatisieren. Die fachlichen Anforderungen an die Automatisierung der Kommunikationsprozesse sind durch die interdisziplinär besetzte gemeinsame Arbeitsgruppe aus Liegenschaftskataster und Justiz erarbeitet worden. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe mit seinen normativen Regeln für den automatisierten Datentransfer und den fachlichen Anforderungen an die Modellierung der Transferdaten zwischen ALKIS und dem maschinell geführten Grundbuch ist Gegenstand des Beschlusses.

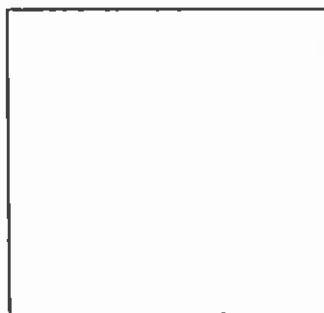
Bericht

Anlage 4b

der gemeinsamen Arbeitsgruppe von
AdV-Arbeitskreis Liegenschaftskataster
und
**Bund-Länder-Kommission für
Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz**

zum Thema:

***Grundsätze für das Zusammenwirken
und
fachliche Anforderungen für den Datenaustausch
zwischen dem Amtlichen Liegenschaftskataster-
Informationssystem ALKIS®
und dem maschinell geführten Grundbuch***



Endfassung vom 1. Oktober 1999

Gliederung:

1 Vorbemerkungen

- 1.1 Einbindung des Auftrages in das AdV-Projekt "ALKIS®"**
- 1.2 Einbindung des Auftrages in das Projekt "maschinell geführtes Grundbuch"**
- 1.3 Definition des Arbeitsauftrages**
- 1.4 Anforderungen des Grundbuches an die ALKIS®-Historie**

2 Normative Regeln für den automatisierten Datentransfer zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch

- 2.1 Grundsätze der §§ 126 ff GBO und der §§ 86 ff GBV**
- 2.2 Regeln zur Einrichtung und Führung des maschinell geführten Grundbuchs, die für den Datenaustausch mit ALKIS® relevant sind**
- 2.3 Rechtsverordnungen des Bundes und der Länder**
- 2.4 Fazit aus den Abschnitten 2.1 bis 2.3**
- 2.5 Ausnahmen von § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO**

3 Fachliche Anforderungen an die Modellierung der Transferdaten zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch

- 3.1 Grundsätze und fachliche Definitionen zum Transferschema**
- 3.2 Strukturierung und Beschreibung der Transferdaten aus fachlicher Sicht, spezifiziert nach den zugrundeliegenden Fortführungs- und Benutzungsanlässen im jeweiligen Ausgangssystem**

4 Umsetzung der Arbeitsergebnisse in den luK-Projekten von Grundbuch und Liegenschaftskataster

1 Vorbemerkungen zum Arbeitsauftrag

1.1 Einbindung des Auftrags in das AdV-Projekt "ALKIS®"

Die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) hat im Dezember 1995 beschlossen, ein Fachkonzept für eine automatisierte integrierte Führung des Liegenschaftskatasters zu erarbeiten. Das Projekt firmiert unter dem Begriff "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®)".

ALKIS® wird federführend vom Arbeitskreis Liegenschaftskataster (AK LK) bearbeitet. Das Fachkonzept schließt auch die Modellierung von Fortführungsdaten zur Laufendhaltung der ALKIS®-Bestandsdaten, die Modellierung von Transferdaten zur Abgabe von ALKIS®-Produkten an externe Nutzer sowie die Modellierung der zugehörigen Fortführungs- und Übertragungsfunktionen ein. Dazu gehört insbesondere der Datenaustausch zwischen dem integrierten digitalen Liegenschaftskataster einerseits und dem maschinell geführten Grundbuch andererseits. Es müssen deshalb aus dieser Warte die fachlichen Anforderungen definiert werden, die bei der Modellierung der künftigen Datenschnittstelle zu berücksichtigen sind.

1.2 Einbindung des Auftrags in das Projekt "maschinell geführtes Grundbuch"

Das Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz vom 20. Dezember 1993 eröffnet den Landesjustizverwaltungen die Option, bei den Amtsgerichten das Grundbuch mit den peripheren Verzeichnissen in digitaler Form und mittels digitaler Verarbeitungs- und Produktionsverfahren zu führen. Mittel- bis langfristig werden wohl alle Landesjustizverwaltungen diese Option umsetzen. Deshalb bietet es sich auch aus der Sicht der Landesjustizverwaltungen an, den Datenaustausch mit dem digitalen Liegenschaftskataster als dem amtlichen Verzeichnis i. S. von § 2 (2) GBO weitestgehend zu automatisieren. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz (BLK) hat der AdV vorgeschlagen, die fachlichen Vorgaben für die Automatisierung der Kommunikationsprozesse zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch gemeinsam zu erarbeiten und dazu eine interdisziplinär besetzte Arbeitsgruppe einzusetzen.

1.3 Definition des Arbeitsauftrages

Die von AdV und BLK eingesetzte gemeinsame Arbeitsgruppe hat ihren Auftrag wie folgt präzisiert:

"Die gemeinsame Arbeitsgruppe wird unabhängig von der technischen Realisierung in den Ländern Regeln für das Zusammenwirken zwischen dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch aufstellen. Dazu gehören insbesondere die fachlichen Anforderungen für den Datenaustausch. Derzeit eingesetzte Vorstufen des ALKIS®-Standards und Vorkehrungen bei der Führung des Papiergrundbuchs gehören nicht zum Auftrag der Arbeitsgruppe."

Der Auftrag soll bis zum 1. Oktober 1998 ausgeführt sein. Die gemeinsame Arbeitsgruppe wird ihren Abschlußbericht den zuständigen Gremien (AKLK und BLK) zur Beschlußfassung vorlegen."

1.4 Anforderungen des Grundbuches an die ALKIS[®]-Historie

Für die Führung der Grundbuchblätter benötigen die Landesjustizverwaltungen keine ALKIS[®]-Historie. Nur wenn das Grundbuchamt das Liegenschaftskataster auch als Such- und Hilfsverzeichnis nutzt, wird gefordert, daß ALKIS[®] eine Historieführung bietet. ALKIS[®] beinhaltet ein Historiekonzept. Jede AdV Mitgliedsverwaltung entscheidet selbst, ob sie dieses Konzept verwirklicht. Dazu bedarf es jeweils einer landesinternen Abstimmung zwischen Vermessungs- und Landesjustizverwaltung.

2 Normative Regeln für den automatisierten Datentransfer zwischen ALKIS[®] und dem maschinell geführten Grundbuch

2.1 Grundsätze der §§ 126 ff GBO und der §§ 86 ff GBV

2.1.1 Zu § 126 (1) GBO:

Hier ist die Rechtsgrundlage dafür, daß die Landesregierungen durch Rechtsverordnung bestimmen können, daß und in welchem Umfang das Grundbuch in maschineller Form als automatisierte Datei geführt wird. Dabei müssen Vorkehrungen gegen einen Datenverlust getroffen werden. Die Eintragung in den Datenspeicher soll möglichst schnell erfolgen und sie muß in lesbarer Form wiedergegeben werden können.

Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung die oben skizzierte Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

Diese Bestimmungen sind die zentrale Rechtsgrundlage für die Einrichtung und Führung des maschinell geführten Grundbuchs.

2.1.2 Zu § 126 (2) i. V. mit § 12 a (2) GBO:

Demnach umfaßt die Führung des maschinellen Grundbuchs im weiteren Sinn auch die Einrichtung und Führung eines Verzeichnisses der Eigentümer und der Grundstücke, sowie weitere, für die Führung des Grundbuchs in maschineller Form erforderliche Verzeichnisse.

Diese Vorschrift spezialisiert § 12 a GBO für das maschinell geführte Grundbuch. Sie ist die Grundlage dafür, daß auch die sogenannten Hilfsverzeichnisse in automatisierter Form eingerichtet werden können.

Statt eigene derartige Verzeichnisse einzurichten, kann das Grundbuchamt im Online-Zugriff direkt die entsprechenden Bestandsdateien des ALKIS[®] nutzen. Da das Eigentümer- und das Grundstücksverzeichnis hier nur beispielhaft genannt sind, kann dem Grundbuchamt nach dieser Vorschrift eine direkte Nutzung auch der Graphik des digitalen Liegenschaftskatasters ermöglicht werden, sofern eine solche Funktionalität für die Führung des Grundbuchs erforderlich ist.

Voraussetzung für die praktische Umsetzung ist, daß die Grundbuchverwaltungen der Länder in den oben erwähnten und noch ausstehenden Rechtsverordnungen auch dazu angehalten werden, direkt das digitale Liegenschaftskataster als Verzeichnis- bzw.

Recherchesystem i. S. von § 126 (2) GBO zu nutzen und daß die dazu benötigte IuK-technische Infrastruktur geschaffen wird.

2.1.3 Zu § 127 (1) Nr. 1 GBO:

Aufgrund dieser Regelung können die Landesregierungen durch Rechtsverordnung bestimmen, daß das Grundbuchamt Änderungen der Nummer, unter der das Grundstück im Liegenschaftskataster geführt wird, im direkten Datenfluß aus dem Liegenschaftskataster in das maschinell geführte Grundbuch und in die Verzeichnisse nach § 126 Abs. 2 GBO einspeichern darf. Ausgenommen sind die Fälle, in denen die neue Flurstücksnummer auf einer Änderung der Umfangsgrenzen des Grundstücks beruht.

D. h., es können Daten über Änderungen bei allen für das Grundbuch relevanten ALKIS®-Objekten digital von ALKIS® zum Grundbuch transferiert und dort direkt eingespeichert werden. Der Transferdatensatz ALKIS®/Grundbuch sollte in Abhängigkeit von der mit übergebenen katasterlichen Fortführungsart den entsprechenden Führungsprozeß auf der Grundbuchseite anstoßen.

Die Option des § 127 Abs. 1 Nr. 1 gilt insbesondere für die Flurstückszerlegungen sowie für die vom Katasteramt in eigener Zuständigkeit vorzunehmenden Flurstücksverschmelzungen. Im Vorfeld der Verschmelzung und des anschließenden Transfers von Änderungsdaten ist allerdings eine Anfrage beim Grundbuch erforderlich, auf die das Grundbuch in jedem Fall mit einer positiven oder negativen Antwort reagiert.

Wenn das Grundbuch gegen die vorgesehene Verschmelzung Bedenken hat, weil durch die Verschmelzung im Grundbuch Verwirrung zu besorgen ist, wird dies dem Katasteramt mitgeteilt. In dem Fall unterbleibt die Verschmelzung. Wenn das Grundbuch hingegen zurückmeldet, daß keine Verwirrung zu besorgen ist, wird die Verschmelzung in ALKIS® realisiert.

2.1.4 Zu § 127 (1) Nr. 2 GBO:

Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung auch bestimmen, daß das Grundbuchamt dem Katasteramt die Grundbuchstelle sowie Daten des Bestandsverzeichnisses und der Abteilung I maschinell übermitteln kann.

Dies ist die zu Nr. 1 korrespondierende Rechtsgrundlage für den maschinell geführten Datenaustausch in umgekehrter Richtung vom Grundbuch zu ALKIS®. Das hier begründete Verfahren gilt wegen § 55 Abs. 3 GBO auch für die Übermittlung von Eigentümerangaben ggf. nebst den zugehörigen Anschriften. Wegen § 55 Abs. 6 GBO sind die Eigentümerangaben mit ihrer wörtlichen Eintragung im Grundbuch wiederzugeben.

Eine Unterschrift zu diesen Mitteilungen ist wegen § 42 GBV nicht erforderlich. Die betroffenen Personen müssen wegen § 55b GBO von derartigen Mitteilungen nicht unterrichtet werden.

§ 127 Abs. 1 Nr. 2 gilt hingegen nicht für die Übermittlung von Daten aus den Abteilungen II und III des Grundbuchs an das Liegenschaftskataster.

2.1.5 Amtliche Begründung zu § 127 GBO:

Die Tragweite von § 127 GBO für eine Integration von Liegenschaftskataster und Grundbuch wird noch deutlicher, wenn man zum Gesetzestext auch die zugehörige amtliche Begründung zu Rate zieht.

Hiernach will § 127 GBO diejenigen grundsätzlichen Regelungen treffen, welche den Ländern die Integration von Grundbuch und Liegenschaftskataster ermöglichen soll. Darunter wird mindestens ein Automationsgrad im Datenaustausch verstanden, der fortan ohne die bisher üblichen schriftlichen Übermittlungsdokumente und ohne jeden weiteren Arbeitsaufwand für die jeweils aufnehmende Seiten auskommt. Auch bei der hiernach möglichen Integration sind Eingaben in das Grundbuch rechtlich dem Grundbuchamt zuzuordnen, weil sie gemäß § 127 GBO auf maschinelltem Weg durch Programme vorgenommen werden, die dem Grundbuchamt zuzurechnen sind.

2.1.6 Grundsätze des § 86 GBV

In einem eigenen Unterabschnitt 6 regelt § 86 GBV die Zusammenarbeit mit den katasterführenden Stellen und prägt zur Kennzeichnung dieser Beziehungen den Begriff des Anforderns von Daten.

D. h., alle in § 86 GBV behandelten Übermittlungsverfahren fallen nicht unter die Bestimmungen bzw. Restriktionen des sogenannten automatisierten Abrufs von Daten nach § 133 GBO, der in der GBV in einem besonderen Unterabschnitt 5 näher geregelt ist.

2.1.7 Zu § 86 Abs. 1 und 2 GBV:

In den ersten beiden Absätzen wird der in § 127 GBO begründete maschinelle Datenaustausch zwischen Grundbuch und Liegenschaftskataster reflektiert. Die Vorschrift trifft jedoch keine neuen materiellen Regelungen gegenüber § 127 GBO.

Andererseits legt § 86 GBV den Schluß nahe, die für die Führung des Grundbuchs zwingend benötigten Änderungsdaten des Liegenschaftskatasters müßten in jedem Einzelfall vom Grundbuch angefordert werden. Gleiches wäre für den Datenaustausch in der umgekehrten Richtung zu folgern. Diese Auslegung ist unzutreffend. Richtig ist, daß es unbeschadet der hier gewählten Formulierung einer solchen Anforderung in Einzelfall nicht bedarf. Das gilt für den Datenaustausch in beiden Richtungen.

Die Arbeitsgruppe stellt fest, daß der Begriff des Anforderns in § 86 GBV lediglich die besondere Kommunikationsbeziehung zwischen dem Liegenschaftskataster und dem Grundbuch charakterisieren und gegenüber dem Datenabruf abgrenzen soll. Die Vorschrift bedeutet hingegen nicht, daß jeder einzelne Datentransfer eine spezielle Anforderungsaktion des aufnehmenden Systems voraussetzt. Ein Indiz dafür ist u. a. auch § 86 Abs. 3 Satz 1 GBV, wonach die Anforderung nach den vorhergehenden Absätzen keiner besonderen Genehmigung oder Vereinbarung bedarf.

Daher bleibt es wegen § 2 Abs. 2 GBO dabei, daß die Daten aus ALKIS® von Amts wegen und unaufgefordert übermittelt werden. Aufgrund von Teil 2, 1. Hauptabschnitt, XVIII. Unterabschnitt (Mitteilungen in Grundbuchsachen), Nr. 1 (Mitteilung zur Erhaltung der Übereinstimmung von Grundbuch und Liegenschaftskataster) der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi i. d. Fassung vom 1. Juni 1998) und aufgrund von § 55 Abs. 3 GBO gilt das gleiche auch für die Änderungsmitteilungen des Grundbuchs an ALKIS®. Das automatisierte Verfahren ist insoweit im 1. Teil Ziffer 6 (Form der Mitteilung) der neugefaßten MiZi geregelt.

2.1.8 Zu §§ 86 Abs. 3 und 4 GBV

Hier ist die Rechtsgrundlage dafür, daß den sogenannten Bodenordnungsbehörden auf deren Ersuchen auch die Daten der Abteilungen II und III maschinell übermittelt werden können, sofern sich das Ersuchen auf ein konkretes Bodenordnungsprojekt bezieht. Auch die

Übermittlung von Daten der Abteilungen II und III unterliegt somit nicht den Bedingungen des automatisierten Abrufs, wenn sie von der katasterführenden Behörde im Rahmen eines Bodenordnungsverfahrens benötigt werden. Etwas anderes gilt nur dann, wenn das Katasteramt oder eine andere Behörde ein von Bodenordnungsprojekten unabhängiges Interesse an diesen Daten hat. In dem Fall ist ein maschineller Transfer nur nach den Regeln von §§ 80 ff GBV möglich.

2.2 Regeln zur Einrichtung und Führung des maschinell geführten Grundbuchs, die für den Datenaustausch mit ALKIS® relevant sind.

2.2.1 Vorbemerkung:

Die §§ 126 bis 134 GBO und § 86 GBV sind "lex specialis" gegenüber den allgemeinen Grundbucheinrichtungs- und Grundbuchverfahrensvorschriften.

Die Optionen der §§ 126 (2) Satz 2, 127 (1) Nr. 1 GBO und § 86 (4) GBV kommen nur dann uneingeschränkt zum Tragen, wenn sie nicht durch die allgemeinen Vorschriften zur Einrichtung und Führung des Grundbuchs relativiert werden. Die folgenden Abschnitte gehen diesen Fragen nach.

2.2.2 Ist zusätzlich zum Datentransfer nach § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO noch ein VN-Auszug erforderlich, in dem die Zerlegung in herkömmlicher Form dokumentiert ist?

Nach § 2 (3) GBO soll ein Teil eines Grundstücks von diesem nur unter der Voraussetzung abgeschrieben werden, daß ein von der zuständigen Behörde erteilter beglaubigter Auszug aus dem beschreibenden Teil des Liegenschaftskatasters vorgelegt wird, aus dem sich die Bezeichnung des Teils und die sonstigen aus dem Liegenschaftskataster in das Grundbuch zu übernehmenden Angaben auch für das Restgrundstück ergeben.

Durch RVO der Landesregierung kann neben dem Auszug aus dem Liegenschaftsbuch auch die Vorlage eines Auszug aus der Liegenschaftskarte vorgeschrieben werden, es sei denn, daß der betreffende Grundstücksteil bisher schon im Liegenschaftskataster unter einer besonderen Nummer geführt wird.

§ 2 (3) GBO regelt demzufolge die rechtlichen Voraussetzungen für eine Abschreibung bzw. eine Teilung im Grundbuch. Für die Eintragung einer definitiven Zerlegung in das Grundbuch sind sie hingegen ohne Bedeutung, denn das ist ein Vorgang i. S. von § 2 (2) GBO. Folglich bietet § 2 (3) GBO ohnehin keine Handhabe, schon für die Wahrung einer definitiven Zerlegung im Grundbuch wie bisher einen Veränderungsnachweis direkt vom Katasteramt zu verlangen. Das gilt dann insbesondere auch für das Übermittlungsverfahren nach § 127 GBO.

Aus dieser Warte erübrigt sich also ein herkömmlicher VN-Auszug neben den digitalen Änderungsdaten zur Bestandsveränderung.

2.2.3 Ist zusätzlich zum Datentransfer nach § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO noch ein herkömmlicher Auszug aus der Liegenschaftskarte erforderlich, in dem die Zerlegung in analoger Form nachgewiesen ist?

In der Ermächtigungsgrundlage von § 2 (3) Satz 3 GBO ist optional ein Auszug aus der Liegenschaftskarte als Bestandteil des Antrags auf Abschreibung einer Teilfläche vorgesehen.

Auch dieses Dokument ist für die Grundbuchführung im Stadium der Zerlegung entbehrlich. Zum einen sind abzuschreibende Teilflächen im digitalen Liegenschaftskataster

regelmäßig als selbständige Flurstücke gewahrt, bevor der Antrag auf rechtliche Regelung gestellt wird, so daß bereits die Ausnahme in § 2 (3), letzter Halbsatz GBO greift. Zum anderen soll das Grundbuch bei Ausschöpfung aller Automatisierungsoptionen von §§ 126/127 GBO ohnehin über einen lesenden Onlinezugriff auf die Liegenschaftskarte im Original verfügen.

2.2.4 Wird der herkömmliche VN-Auszug weiterhin als Bestandteil der Grundakten nötig sein (§ 10 GBO i. V. mit § 73 und § 24 GBV)?

§ 73 GBV bestimmt, daß auch im maschinell geführten Grundbuch Grundakten gemäß § 24 (1) bis (3) GBV zu führen sind. Zu den Grundakten werden gemäß § 10 GBO diejenigen Dokumente und Urkunden genommen, auf die eine Eintragung sich gründet oder Bezug nimmt.

Die Bestimmungen wären für das Verfahren nach § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO nur dann relevant, wenn sich die Eintragung im Grundbuch zur Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster i. S. von § 2 (2) GBO neben den Fortführungsdaten auch noch auf zusätzliche Urkunden oder andere analoge Dokumente des Katasteramtes stützen müßte, die dann nach § 10 GBO aufzubewahren wären. Das ist nicht der Fall, denn es ist keine Bestimmung ersichtlich, die neben den eigentlichen Transferdaten nach § 127 GBO noch weitere Urkunden oder dgl. in analoger oder digitaler Form verlangt. Daher ist es auch unter dem Aspekt der Grundaktenführung nicht erforderlich, zusätzlich einen VN-Auszug zu übermitteln.

Diese Feststellung gilt allerdings nur für den Fall, daß der Datentransfer aus ALKIS[®] unmittelbar die Führung des digitalen Grundbuchs auslöst. Solange der Datenspeicher des Grundbuchs noch keine CI-Daten (CI = codierte Informationen), sondern lediglich NC-Informationen (NC = nicht codierte Informationen) beinhaltet, endet der automatische Transfer von ALKIS[®] bereits auf der Ebene des Grundbuch-Produktionssystems. Von da an muß das in uncodierten Bilddateien vorliegende Grundbuch in herkömmlicher Manier aus dem Produktionssystem fortgeführt werden. In dem Fall bedarf es abweichend von der Aussage im vorstehenden Abschnitt nach wie vor eines VN-Auszugs. Er wird vom Grundbuch-Produktionssystem mit Hilfe der übermittelten Transferdaten erstellt.

2.2.5 Sind im Verfahren nach § 127 Abs. 1 GBO besondere Dokumentationsanforderungen hinsichtlich Eintragungsersuchen, Veranlasser, Datum, Unterschrift usw. zu beachten?

2.2.5.1 Bedarf es einer Dokumentation i. S. von § 29 Abs. 3 GBO?

Nach § 29 Abs. 3 GBO sind Erklärungen oder Ersuchen einer Behörde, aufgrund deren eine Eintragung im Grundbuch vorgenommen werden soll, zu unterschreiben und mit Siegel oder Stempel zu versehen.

Für den Fall, daß die Übermittlung von Transferdaten i. S. von § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO als ein derartiges Ersuchen zu verstehen ist, würde das Katasteramt parallel zum maschinell geführten Transfer der eigentlichen Änderungsdaten immer noch ein schriftliches Eintragungsersuchen im Sinne von § 29 (3) GBO zu stellen haben. Hierzu ist in Übereinstimmung mit Demharter, Grundbuchordnung 22. Auflage, München 1997, § 2 Anmerkung 24 festzustellen, daß die dem Grundbuchamt übermittelten Änderungsdaten zum Bestandsverzeichnis überhaupt keine Erklärung und kein Ersuchen i. S. von § 29 Abs. 3 GBO darstellen. Damit erübrigt sich, die Frage noch weiter auf das Verfahren nach § 127 GBO zu fokussieren.

Auch unter dem Aspekt von § 29 (3) GBO ist im Verfahren nach § 127 GBO ein zusätzliches analoges Übermittlungsdokument seitens des Liegenschaftskataster entbehrlich.

2.2.5.2 Bedarf es eines Veranlassers und einer Einzelverfügung i. S. von § 44 (1) Satz 1 i. V. mit § 12c (2) Nr. 2 GBO?

Die Eintragung in das Grundbuch soll nach § 44 Abs. 1 GBO im allgemeinen von der für die Führung des Grundbuches zuständigen Person verfügt werden, sofern dafür nicht nach § 12c Abs. 2 Nrn. 2 bis 4 GBO der Urkundsbeamte zuständig ist. Dieser hat ansonsten auf Verfügung des Rechtspflegers die Eintragungen in das Grundbuch nur zu veranlassen.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle ist nach § 12 c (2) Nr. 2 GBO für die Verfügungen zur Erhaltung der Übereinstimmung zwischen Grundbuch und dem Liegenschaftskataster nach § 2 (2) GBO zuständig. Der Urkundsbeamte müßte demnach auch die Grundbuchänderungen verfügen, die in § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO reflektiert sind, es sei denn, für das maschinelle Verfahren sind Ausnahmen vorgesehen.

Eine solche Ausnahme ergibt sich aus § 74 GBV. In Satz 2 ist bestimmt, daß alle Eintragungen in das maschinell geführte Grundbuch keiner besonderen Verfügung bedürfen. Darüber hinaus ergibt sich aus dem eingeschobenen Nebensatz in Satz 1, daß in den Fällen des § 127 GBO auch kein Veranlasser der Eintragung in Erscheinung treten muß.

Durch § 74 Abs. 1 Satz 2 GBV und den eingeschobenen Nebensatz in Satz 1 ist klargestellt, daß das gesamte automatisierte Eintragungsprozedere nach § 127 (1) Nr. 1 GBO hinsichtlich Einzelverfügung und Veranlasser von den Formerfordernissen des § 44 Abs. 1 GBO ausgenommen ist.

Ein Veranlasser ist hingegen solange erforderlich, wie die Fortführung des in Form uncodierter Bilddateien abgespeicherten Grundbuchblattes zwar maschinell aber nicht i. S. von § 127 GBO unmittelbar durch den Transfer aus ALKIS® bewirkt wird, sondern interaktiv vom Urkundsbeamten mittels des Grundbuch-Produktionssystems besorgt werden muß (vgl. Abschnitt 2.2.4).

2.2.5.3 Bedarf die Eintragung einer Unterschrift und eines Eintragsdatums ?

Im allgemeinen werden beide Elemente von § 44 (1) GBO verlangt. Es bleibt auch hier zu prüfen, ob für das maschinell geführte Grundbuch bei Verfahren nach § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO Ausnahmen greifen.

Zunächst ist festzustellen, daß für das maschinell geführte Grundbuch bezüglich der Unterschrift § 75 GBV und bezüglich des Eintragsdatums § 129 GBO als Spezialvorschriften der allgemeinen Vorschrift des § 44 (1) GBO vorgehen. Daraus ergibt sich folgendes:

Schon aus dem vorstehenden Abschnitt folgt, daß im Verfahren nach § 127 (1) GBO keine elektronische Unterschrift i. S. von § 75 GBV benötigt wird, weil es keines Veranlassers bedarf, der "aktenkundig" zu machen wäre. Unter den gleichen Voraussetzungen ist wegen § 129 (2) Satz 2 auch kein Eintragsdatum nötig.

Ein Qualitätssicherungsproblem für das Grundbuch ist daraus nicht zu erwarten. Zum einen findet bereits im konventionellen Grundbuch keinerlei Prüfung der VN-Angaben seitens der Urkundsbeamten statt. Zum anderen wird gerade durch die maschinelle Datenübertragung das Fehlerrisiko ausgeschlossen, das bisher in der manuellen Übernahme der Daten seitens des Grundbuchbeamten liegen kann.

Hingegen kommt sowohl § 75 GBV als auch § 130 Satz 2 GBO zum Tragen, wenn außerhalb der Fälle des § 127 (1) Nr. 1 GBO der Rechtspfleger (§ 74 (1) Satz 1 GBV) die Eintragung in das maschinell geführte Grundbuch zwar nicht zu verfügen aber zu veranlassen hat.

In dem Fall ist nach § 130 letzter Satz GBO die Identität des Veranlassers per Aktenvermerk oder in anderer Weise zu dokumentieren. Nach § 75 GBV hat der Rechtspfleger im gleichen Fall der Eintragung seinen Namen hinzuzusetzen und beides elektronisch zu unterschreiben.

2.2.5.4 Bestehen Dokumentationserfordernisse unter dem Aspekt von § 64 Abs. 2 Nr. 4 GBV?

§ 64 GBV ist den technischen Grundfunktionen von Anlagen und Programmen gewidmet, die zur Verarbeitung der geschützten Grundbuchdaten mindestens zur Verfügung stehen müssen. Insofern ist Abs. 2 Nr. 4 als eine systemtechnische Vorgabe und nicht als Beurkundungsvorschrift zu verstehen. Zur systemseitigen Beweissicherung i. S. der oben genannten Vorschrift kann durchaus ein zu § 75 GBV analoges kryptographisches Verfahren eingesetzt werden. Gleichwohl darf dann aber eine solche Sicherungstechnik ihrem Wesen nach nicht mit der elektronischen Unterschrift i. S. von § 75 GBV verwechselt werden. Insoweit sind die Anforderungen von § 64 Abs. 2 Nr. 6 GBV zu berücksichtigen.

2.2.5.5 Eintragungsmitteilungen

Die unmittelbare Übernahme von Daten aus dem Liegenschaftskataster in das Grundbuch nach § 127 Abs.1 Satz 1 GBO löst für das Grundbuch wegen § 127 Abs. 2 GBO keine Mitteilungspflichten nach §§ 55 ff GBO gegenüber Gerichten und anderen Behörden aus. Andernfalls könnte das vom Gesetzgeber angestrebte Ziel der Vereinfachung der Grundbuchführung nicht erreicht werden.

2.3 Rechtsverordnungen des Bundes und der Länder

2.3.1 Rechtsverordnungen zu den §§ 126, 127 GBO:

Das Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz bewirkt noch nicht per se, daß das elektronische Grundbuch und die damit einhergehenden Datenaustauschoptionen bundesweit auf den Weg gebracht sind. Die Umsetzungsentscheidung ist vielmehr den einzelnen Bundesländern in Form diverser Rechtsverordnungsermächtigungen überlassen.

Für eine weitestgehende Realisierung der in den Abschnitten 2.1 und 2.2 skizzierten Optionen für ein maschinell geführtes Grundbuch kommt es folglich darauf an, daß die Intentionen des Registerverfahrenbeschleunigungsgesetzes von den Ländern in den RVOen nach den §§ 126 und 127 GBO uneingeschränkt übernommen werden.

Insbesondere muß verhindert werden, daß eine Landesregierung, aus welchen Motiven auch immer, in der Rechtsverordnung nach § 126 GBO von der Option in § 74 Abs. 1 Satz 3 GBV in der Weise Gebrauch macht, daß im maschinell geführten Grundbuch doch wieder jede Einzeleintragung i. S. von § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO vom Urkundsbeamten zu veranlassen ist.

2.3.2 Rechtsverordnungen zu § 134 GBO:

Da die inhaltlichen Anforderungen an das maschinell geführte Grundbuch in § 126 GBO nur in allgemeiner Form bestimmt sind, ist das Bundesministerium der Justiz in § 134 GBO ermächtigt, die Einzelheiten der Einrichtung, Gestaltung und Wiederherstellung des maschinell geführten Grundbuchs, der Einsicht in dieses und der Einrichtung eines automatisierten Verfahrens zum Abruf von Daten aus dem Grundbuch durch Rechtsverordnung zu bestimmen. Von dieser Ermächtigung hat das Bundesministerium der Justiz bereits in Form von Abschnitt XIII der GBV Gebrauch gemacht. Darüber hinaus hat das Bundesministerium der Justiz in § 93 GBV die ihm zustehende Regelungskompetenz weiter auf die Landesregierungen übertragen.

Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, daß derzeit zur Optimierung des Datenaustausches zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch keine Notwendigkeit für weitere Regelungen auf der Grundlage von § 134 GBO besteht.

Sofern sich später im Interesse einer bundeseinheitlichen Verfahrensweise oder wegen Regelungslücken in den Sondervorschriften für das maschinell geführte Grundbuch doch noch ein Handlungsbedarf herausstellt, sollte zur Lösung ein Verfahren nach § 134 GBO und nicht über § 93 GBV gewählt werden. Letzteres kommt möglicherweise zur Regelung des Beschwerdeverfahrens gegen diejenigen Grundbucheintragen in Betracht, welche nach § 127 GBO ohne Veranlasser direkt durch die Änderungsdaten des Liegenschaftskatasters bewirkt worden sind.

2.4 Fazit aus den Abschnitten 2.1 bis 2.3:

1. Die Intentionen des geltenden Grundbuchrechts zielen auf eine durchgreifende Modernisierung der Datenhaltung und der Bearbeitungsprozesse im Grundbuch. Das ist im Sinne einer weitestgehenden Abkehr vom Papier als Speicher- und Korrespondenzmedium bzw. als Entwicklung hin zu elektronischen Speicher- und Korrespondenztechniken zu verstehen. Diese Intentionen determinieren wesentlich die Anforderungen an einen Transferdatenaustausch zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch.
2. Die §§ 126/127 GBO bieten die Grundlage für
 - ☒ den voll automatisierten und direkten Datentransfer in beiden Richtungen zwischen dem digitalen Liegenschaftskataster und dem maschinell geführten Grundbuch,
 - ☒ eine redundanzfreie Struktur in den Hilfsdateien.
3. Rechtliche Voraussetzung für die weitestgehende Umsetzung dieser Optionen ist, daß auch der automatisierte Datentransfer vom Grundbuch in das Liegenschaftskataster und umgekehrt per Rechtsverordnung der Länder in die Praxis eingeführt wird.
4. Um die in § 127 GBO begründeten Optionen in technischer Hinsicht voll ausschöpfen zu können, müssen innerhalb des maschinell geführten Grundbuchs wenigstens das Bestandsverzeichnis und die Abteilung I strukturierte Daten aufweisen. Dem Produktionssystem müssen zumindest strukturierte Daten aus dem CI-Datenbestand des Grundbuchs zur Verfügung stehen.
5. Das maschinell und in strukturierter Form geführte Grundbuch benötigt neben den eigentlichen Transferdaten des Liegenschaftskatasters keine weiteren Urkunden. Der Datentransfer ist verfahrensrechtlich so konzipiert, daß die Daten des

Liegenschaftskataster ohne konventionelle Eintragungsverfügungen und ohne interaktive Eingriffe der Grundbuchbeamten weiterverarbeitet bzw. eingespeichert werden können.

6. Der Datentransfer zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch nach § 127 GBO ist ein Austauschprozeß eigener Art. Er unterliegt nicht den Restriktionen des sogenannten automatisierten Abrufverfahrens nach §§ 80 ff GBV.
7. § 127 (1) Nr. 1 GBO kann auf alle Transferdaten i. S von § 2 (2) GBO, § 127 (1) Nr. 2 GBO kann auf alle Transferdaten angewendet werden, die nach den jeweiligen Vermessungsgesetzen bzw. nach § 55 GBO dazu nötig sind, um das Liegenschaftskataster mit dem Grundbuch zu verknüpfen.
8. Die vorstehenden Verfahrensgrundsätze gelten faktisch auch für den Austausch von Daten, die auf der Grundlage von § 86 (2) GBV angefordert und ausgetauscht werden, obgleich diese Anwendungsfälle nicht dem Regelungsbereich des § 127 GBO subsumiert werden können.
9. Die Arbeitsgruppe bittet die BLK, sich dafür einzusetzen, daß die in Abschnitt 2.3 erörterten Aspekte im Rahmen der anstehenden RVO-Initiativen berücksichtigt werden.

2.5 Ausnahmen von § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO

Ausgenommen von der Direkteinspeicherung nach § 127 Abs. 1 Nr. 1 GBO sind diejenigen Veränderungen im Flurstücksbestand, die auf einer Änderung der Umfangsgrenzen des Ausgangsgrundstücks beruhen. Diese Ausnahme greift z. B. dann, wenn die Umnummerierung auf der Berichtigung eines Aufnahmefehlers beruht oder Veränderungen am Flurstück aufgrund von Rechtsvorschriften erfolgen. In diesen Fällen werden die Änderungsdaten zwar ebenfalls in digitaler Form übergeben, aber die zugehörigen Schlüssel für die entsprechenden katasterlichen Fortführungsarten bewirken, daß solche Fälle auf der Grundbuchseite nicht automatisiert eingespeichert werden. Sie sind interaktiv weiterzuarbeiten.

3 Fachliche Anforderungen an die Modellierung der Transferdaten zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch

3.1 Grundsätze und fachliche Definitionen zum Transferschema

3.1.1 Vorbemerkung

Das in ALKIS® bereits unter Zugrundelegen der Grundbuchstrukturen definierte konzeptuelle Schema für die Angaben zu den Personen- und Bestandsdaten genügt auch allen fachlichen Anforderungen aus der Sicht des maschinell geführten Grundbuchs an die Modellierung dieser Objektarten. Das gleiche gilt für die Modellierung derjenigen flurstücksbezogenen Informationen (z. B. Nutzungsart, Lagebezeichnung, Fläche, usw.) in ALKIS®, auf die sich nach § 2 (2) GBO und § 6 GBV die Führung des Grundbuchs zu stützen hat. Das ALKIS®-Schema ist insoweit geeignet, jeden fachlich denkbaren Kommunikationssachverhalt zwischen dem Liegenschaftskataster und dem Grundbuch eindeutig abzubilden. Demgemäß ist auch das Transferschema so offen und neutral zu

gestalten, daß die unterschiedlichen Anforderungen des jeweiligen Zielsystems erfüllt werden können.

3.1.2 Begrifflichkeiten

Der Hauptabschnitt 3 des AG-Berichtes ist dem Datenmodell des sogenannten **externen Schemas** von ALKIS® und dem des maschinell geführten Grundbuchs gewidmet. Unter einem **externen Schema** sollen

- ☒ alle Konventionen, welche die Beziehungen zwischen dem konzeptuellen Datenschema eines Informationssystems und dem Schema der Transferdaten festlegen,
- ☒ die eigentliche Modellierung der Transferdaten und deren Funktionen
- ☒ sowie die Festlegung eines zugehörigen Codierschemas

verstanden werden. Ein externes Schema birgt somit praktisch das gesamte Regelwerk zur Festlegung einer **Datenaustauschnittstelle**. In diesem Zusammenhang werden für die Kommunikation zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch folgende Begrifflichkeiten festgelegt:

Ausgangsdaten in ALKIS® sind diejenigen aus den ALKIS®-Bestandsdaten im ALKIS®-Prozeß "Benutzung" generierten ALKIS®-Produkte. Ausgangsdaten im **maschinell geführten Grundbuch** sind die im Produktions- bzw. Benutzungsprozeß entstehenden Grundbuch-Auszüge.

Der Prozeß "**Übertragung**" bedeutet, daß die Produktdaten des jeweils abgebenden Systems um Transferfunktionen ergänzt und daraus Transferdaten für das jeweils aufnehmende System erzeugt werden.

In der Regel liegt dem Übertragungsprozeß von ALKIS® zum maschinell geführten Grundbuch eine Fortführung innerhalb von ALKIS® zugrunde. In dem Fall müssen die ALKIS®-Transferdaten die untergehenden und die neuen ALKIS®-Bestandsdaten ausweisen. Das Entsprechende gilt für den umgekehrten Übertragungsprozeß.

Die Bestandsdaten werden in diesem Bericht als **Liegenschaftskataster-** bzw. **Grundbuchdaten** angesprochen.

Das Produkt aus der Benutzung des jeweiligen Ausgangssystems wird hier als "**Mitteilung aufgrund von Führungsprozessen**" und "**Mitteilung aufgrund von Benutzungsanforderungen**" bezeichnet.

Die abzugebenden Daten werden als **Liegenschaftskataster-** bzw. **Grundbuchtransferdaten** bezeichnet. Zu den Transferdaten zählen neben den eigentlichen Objektinformationen auch solche Daten, die den Ausgangsprozeß dokumentieren bzw. den weiteren Verarbeitungsprozeß im Zielsystem determinieren.

3.1.3 Anforderungen an die Modellierung des Übertragungsprozesses und die zugrundeliegenden Produktschemata

3.1.3.1 Allgemeines

Es sollen sowohl die Übertragungsprozesse von ALKIS® zum maschinell geführten Grundbuch als auch die Übertragungsprozesse vom maschinell geführten Grundbuch zu ALKIS® modelliert werden.

Der Funktionsumfang der Schnittstelle wird auf das nach den rechtlichen Vorschriften und den praktischen Erfordernissen für die Kommunikation zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch unbedingt nötige Maß beschränkt.

Die Benutzungsprozesse im Ausgangssystem zur Erzeugung der Produkte "Mitteilungen aufgrund von Führungsprozessen" und "Mitteilungen aufgrund von Benutzungsanforderungen" müssen alle Informationen an die Schnittstelle übergeben, die das Zielsystem aus den Transferdaten zur Steuerung seines Führungsprozesses benötigt. Daher wirken sich die im folgenden beschriebenen Anforderungen auch schon auf die Festlegung der ALKIS®-Produkte aus.

Anforderungen an die systeminternen Führungs- und Buchungsprozesse, die im jeweiligen Zielsystem von den Transferdaten angestoßen werden, sind nicht Gegenstand dieses Berichts.

3.1.3.2 Funktionsumfang der Schnittstelle

Es müssen die folgenden Operationen realisiert werden:

- ☒ **Eintragen** von Objekten
- ☒ **Löschen** von Objekten
- ☒ **Überschreiben** desselben Objekts

Den Operationen sind eindeutige Schlüssel zuzuweisen.

3.1.4 Anforderungen an die Struktur und den Inhalt der Transferdaten

3.1.4.1 Allgemeines

Es wird die objektweise Datenübermittlung zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch vorgeschlagen..

3.1.4.2 Fachlicher Informationsinhalt der Transferdaten

Umfang und Inhalt der fachlichen Transferdaten sind eine Funktion

- ☒ der einschlägigen Bestimmungen in der GBO bzw. in den Landesgesetzen über das Liegenschaftskataster,
- ☒ der GBV und den Verwaltungsvorschriften zur Einrichtung des Liegenschaftskatasters,
- ☒ des Anwendungsschemas für die ALKIS®-Bestands- und ALKIS®-Fortführungsdaten.

Folgende Objektarten müssen übermittelt werden können:

- ☒ Buchungsblatt
- ☒ Buchungsstelle
- ☒ Namensnummer
- ☒ Person
- ☒ Personengruppe

- ☒ Anschrift
- ☒ Rechtsgemeinschaft
- ☒ Verwaltung (optional)
- ☒ Flurstück
- ☒ Besondere Flurstücksgrenze
- ☒ Lage
- ☒ Tatsächliche Nutzung
- ☒ Objekte der Grundbuchabteilungen II und III
- ☒ VN-Beschrieb (optional)
- ☒ VN-Position (optional)
- ☒ Übergangsfläche (optional)

Ein Objekt wird immer mit seinen für die Darstellung des Sachverhalts notwendigen Attributen und Relationen übergeben.

Aus Sicht einiger Justiz- und Vermessungsverwaltungen ist es zweckmäßig, das Transferschema so zu gestalten, daß im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen optional auch Daten aus den Grundbuchabteilungen II und III über die künftige Standardschnittstelle übertragen werden können. Daher sind diese Anforderungen auch dementsprechend optional in der Anlage zu Abschnitt 3.2.2 berücksichtigt. Rechtsgrundlagen für den automatisierten Datenaustausch sind in dem Fall § 86 Abs. 3 und § 4 GBV (vgl. Abschnitt 2.1.8).

3.1.4.3 Sonstige Elemente der Schnittstelle

Der Transferdatensatz muß auch alle nötigen dokumentierenden Daten, langschriftliche Erläuterungstexte und die Daten zur Steuerung der Kommunikation zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch aufnehmen. U. a. sind von ALKIS® auch diejenigen Informationen in der Schnittstelle zu übergeben, die das Grundbuchamt für die Eintragung in das Bestandsverzeichnis nach § 6 Abs. 6 e der GBV benötigt.

Sonstige Elemente im Transferdatensatz sind:

- ☒ Kennung für Unterscheidung in Sachdaten, Graphikdaten, Veränderungsdaten, Benutzungsdaten
- ☒ Objektidentifikator
- ☒ Fachkennzeichen
- ☒ Schlüssel der zugrundeliegenden Fortführungsanlässe
- ☒ Schlüssel der zugrundeliegenden Benutzungsanlässe
- ☒ Führungsoperation im Zielsystem
- ☒ Aktualitätsmerkmal/Zeitstempel der Transferdaten
- ☒ Langschriftlicher Erläuterungstext
- ☒ Angaben für die Finanzverwaltung über den zugrundeliegenden Rechtsvorgang (Erbfall, Begründung von Wohnungseigentum usw.)

3.1.4.4 Schematisierter Aufbau eines Transferdatensatzes

Die Schnittstelle muß unbeschadet von Abschnitt 3.1.4.1 so strukturiert werden, daß Graphik- und Sachdaten übermittelt werden können.

Die Modellierung der Schnittstelle soll aus der Sicht der hier relevanten Transferbeziehungen zwischen Grundbuch und Liegenschaftskataster möglichst transparent angelegt sein. Um dies zu erreichen wird vorgeschlagen,

- ☒ grundsätzlich keine komplexen Transferdatensätze vorzusehen,
- ☒ separate Transferdaten zu jeder einzelnen Fortführung zu übergeben,
- ☒ im selben Transferdatensatz nur Veränderungen zu einem Objekt zu übermitteln.

Ein grober schematischer Aufbau der Schnittstelle **könnte** folgende Struktur haben:

Objekt					Schlüssel Fortführung / Geschäftsvorgang	Führungsoperation im Zielsystem	Zusätzliche Angaben	Informationen für die Finanzverwaltung
Identifikator	Fachkennzeichen	Aktualitätsmerkmal	Attribute	Beziehung / Relation - Identifikator - Fachkennzeichen				

3.2 Strukturierung und Beschreibung der Transferdaten aus fachlicher Sicht, spezifiziert nach den zugrundeliegenden Fortführungen und Benutzungsanforderungen im Ausgangssystem.

3.2.1 Allgemeines

Die Fortführungen und Benutzungsanforderungen werden in den Abschnitten 3.2.2 und 3.2.3 so weit beschrieben und strukturiert, wie es zur Festlegung der Anforderungen an die daraus resultierenden Transferdatensätze notwendig ist. U. a. sind deshalb die Fortführungen in den Anlagen zu Abschnitt 3.2.2 und 3.2.3 noch weiter nach einzelnen Unterformen (Geschäftsvorgängen) aufgegliedert.

Aus der Sicht von ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch gehören zu den Fortführungen auch die durch "Bodenordnungsmaßnahmen" bedingten Berichtigungen des jeweiligen Systems.

Als Fortführungen auf der Seite des Grundbuchs sind im Hinblick auf § 39 GBV auch die verschiedenen Anlegungsverfahren nach den §§ 67 ff GBV zu verstehen. Das gilt auch für das Verfahren der Neufassung nach § 69 GBV, sofern im Rahmen der Neufassung die Reihenfolge der Bestandseintragungen unter dem selben Bestandsblatt geändert wird. Insoweit ist die Ausnahmeregelung in § 69 (2) letzter Satz GBV unbeachtlich.

3.2.2 Strukturierung und Beschreibung der fortführungsbedingten fachlichen Transferdaten im einzelnen

Die fortführungsbedingten fachlichen Transferdaten, welche in die Schnittstelle eingestellt werden, sind in lexikalischer Form für beide Ausgangssysteme in der **Anlage A** beschrieben.

Anlage B enthält in Matrixform eine Gesamtübersicht der in Anlage A beschriebenen Anforderungen

Anlage C enthält einen Thesaurus zu den im ALKIS® -OK definierten Objektarten, die für den Datenaustausch mit dem maschinell geführten Grundbuch relevant sind.

In den Anlagen sind auch die Objektarten berücksichtigt, die nach Teil III Abschnitt B der ALKIS® -Dokumentation nur länderspezifische Bedeutung haben. Die betreffende Festlegung in den Anlagen versteht sich folglich als eine dazu korrespondierende länderspezifische Regel.

3.2.3 Strukturierung und Beschreibung der durch Benutzungsanforderungen bedingten fachlichen Transferdaten im einzelnen

Die in die Schnittstelle einzustellenden Transferdaten werden in lexikalischer Form für beide Ausgangssysteme in der **Anlage D** beschrieben.

Anlage E enthält in Matrixform eine Gesamtübersicht der in Anlage D beschriebenen Benutzungsanforderungen.

Abschnitt 3.2.2 Absatz 3 gilt entsprechend.

3.2.4 Anforderungen an Funktionen im Ausgangssystem

Dort wo Informationen, die in ALKIS® als eigenständige raumbezogene Elementarobjekte abgebildet sind, im Grundbuch nach wie vor als nicht selbständige Flurstücksattribute (Sachdaten) geführt werden, müssen im ALKIS®-Prozeß Benutzung entsprechende Funktionen realisiert werden.

Beispiel:

- ☒ Wirtschaftsarten aus Nutzungsarten
- ☒ Im Fall einer Flurstückszerlegung werden nach wie vor die Flächenwerte von Flurstücksabschnitten übermittelt

Es muß schon im Prozeß "Benutzung" eine Verschneidungs- (Veränderungs-) funktion zur Verfügung stehen, die das benötigte Datenschema bereits auf der Ebene der ALKIS®-Produkte erzeugt, weil auch die Eigentümer und andere externe Adressaten die Veränderungsinformation in der bisherigen flurstückszentrierten Form erwarten.

4 Umsetzung der Arbeitsergebnisse in den IuK-Projekten von AdV und BLK

Es schließt sich als nächste Phase die Entwicklung eines DV-Konzeptes für die Transferprozesse an. Aus der Sicht von ALKIS® ist das eine Teilaufgabe innerhalb des DV-Konzeptes für das gesamte ALKIS®-Transferschema. Für diese Projektphase stehen innerhalb der AdV mit

- ☒ der Expertengruppe "Datenmodell/Datenaustausch und
- ☒ der Expertengruppe "Integrierte Modellierung des Liegenschaftskatasters"

bereits Entwicklungskapazitäten bereit. Auf der Seite der Landesjustizverwaltungen gibt es bislang keinen vergleichbaren bundeseinheitlichen Ansatz für das maschinell geführte Grundbuch.

Die Arbeitsgruppe schlägt deshalb vor, daß der gesamte Datenaustausch zwischen ALKIS® und dem maschinell geführten Grundbuch dv-technisch von den genannten ALKIS®-

Gremien unter dem Arbeitstitel EDBS/2 mitentwickelt wird, zumal diese Schnittstelle ohnehin systemunabhängig definiert werden soll.

Gleichzeitig wird vorgeschlagen, daß die BLK für die Landesjustizverwaltungen einen DV-Experten benennt, der ab sofort an den Beratungen der Expertengruppe Datenmodell/Datenaustausch teilnimmt.

D. h., die Landesjustizverwaltungen entwickeln auf der Grundlage der hier dokumentierten fachlichen Anforderungen für den Transfer der Grundbuchdaten kein eigenes Schnittstellenkonzept, sondern schließen sich insoweit dem externen Schema von ALKIS® an.

Es besteht ferner Einvernehmen darin, daß die Landesjustizverwaltung die neu zu entwickelnde Schnittstelle auch für den Datentransfer an Dritte anbieten sollte. Das hätte den Vorteil, daß in Anbetracht der hohen Schnittmenge der Nutzer, die sowohl ALKIS®- als auch Grundbuchdaten in ihr DV-System übernehmen und dort weiterverarbeiten wollen, die Daten aus beiden Quellen in identischer Struktur übermittelt bekommen.

Die Landesjustizverwaltungen sind daran interessiert, über die weitere Entwicklung des DV-Konzeptes für die Schnittstelle auf dem laufenden gehalten zu werden. Es ist vereinbart, dies zur gegebenen Zeit in Form eines eintägigen Workshops zu gewährleisten, der von der Expertengruppe Datenmodell/Datenaustausch terminiert und moderiert wird.

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Flurstücksdaten fortführen	Schlüssel 010000

Definition der Fortführung:

Hiermit sind die Flurstücksdaten gemeint, die aufgrund der rechtlichen Vorschriften zwischen dem amtlichen Verzeichnis (§ 2 Abs. 2 GBO) und dem Bestandsverzeichnis des Grundbuchs in Übereinstimmung zu halten sind (Fläche, Lage, Wirtschaftsart und besondere Flurstücksgrenze).

010100 Veränderungen am Flurstück ohne Änderung der Umfangsgrenzen des Grundstücks

Definition:

Mit dieser Fortführung werden Flurstücke katastertechnisch zerlegt und / oder verschmolzen ohne das Grundstücke im Rechtssinne in ihrer Form verändert werden.

Die Fortführung beinhaltet ein (Zerlegung) oder mehrere alte (Verschmelzung) Flurstücke sowie mehrere oder ein neues Flurstück(e).

Folgende Geschäftsvorgänge werden unterschieden:

010101 Zerlegung / Sonderung

Betroffene Objekte:

Flurstück
Besondere Flurstücksgrenze
Lage
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche
VN-Position

010102 Verschmelzung

Betroffene Objekte:

Flurstück
Besondere Flurstücksgrenze
Lage
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche
VN-Position

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Flurstücksdaten fortführen	Schlüssel 010000

010103 Zerlegung und Verschmelzung

Betroffene Objekte:

Flurstück

Besondere Flurstücksgrenze

Lage

Tatsächliche Nutzung

Übergangsfläche

VN-Position

010200 Veränderungen am Flurstück mit Änderung der Umfangsgrenzen des Grundstücks

Definition:

Mit dieser Fortführung werden Veränderungen am Flurstück aufgrund rechtlicher Vorschriften (z.B. Wasserrecht, Straßenrecht, Flurbereinigungsgesetz) durchgeführt, die eine Änderung in der Form des Grundstücks zur Folge haben.

Die Fortführung beinhaltet ein oder mehrere alte Flurstücke sowie ein oder mehrere neue Flurstücke.

Folgende Geschäftsvorgänge werden unterschieden:

010201. Veränderung aufgrund der Vorschriften des Straßenrechts

Betroffene Objekte:

Flurstück

Besondere Flurstücksgrenze

Lage

Tatsächliche Nutzung

Übergangsfläche

VN-Position

010202 Veränderung aufgrund der Vorschriften des Wasserrechts

Betroffene Objekte:

Flurstück

Besondere Flurstücksgrenze

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Flurstücksdaten fortführen	Schlüssel 010000

Lage
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche
VN-Position

010203 Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz

Betroffene Objekte:

Flurstück
Lage
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche
VN-Position

010204 Verfahren nach Baugesetzbuch

Betroffene Objekte:

Flurstück
Lage
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche
VN-Position

010205 Veränderung aufgrund Berichtigung eines Aufnahmefehlers

Betroffene Objekte:

Flurstück
Besondere Flurstücksgrenze
Lage
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche
VN-Position

010206 Veränderung aufgrund gerichtlicher Entscheidung

Betroffene Objekte:

Flurstück
Lage
Tatsächliche Nutzung

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Flurstücksdaten fortführen	Schlüssel 010000

Übergangsfläche
VN-Position

010300 Veränderung der Bezeichnung oder der Zugehörigkeit des Flurstücks

Definition:

Mit dieser Fortführung werden Veränderungen am Flurstück aufgrund von Umnumerierungen, Zuordnungen zu anderen Fluren oder infolge von Umgemarkungen sowie Umgemeindungen durchgeführt.

Die Fortführung beinhaltet ein oder mehrere alte Flurstücke sowie ein oder mehrere neue Flurstücke.

Folgende Geschäftsvorgänge werden unterschieden:

010301 Veränderung der Flurstücksbezeichnung

Betroffene Objekte:

Flurstück
VN-Position

010302 Veränderung der Gemarkungszugehörigkeit

Betroffene Objekte:

Flurstück
VN-Position

010303 Veränderung der Gemeindezugehörigkeit

Betroffene Objekte:

Flurstück
Lage
VN-Position

Anmerkung:

Diese Form der Veränderung der Gemeindezugehörigkeit beinhaltet die gleichzeitige Ver-

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Flurstücksdaten fortführen	Schlüssel 010000

änderung der Gemarkungszugehörigkeit (Umgemeindung einzelner Flurstücke). Sie wirkt sich somit auf die Angaben im Bestandsverzeichnis des Grundbuchs aus.

010400 Veränderung der Beschreibung des Flurstücks

Definition:

Mit dieser Fortführung wird die Beschreibung des Flurstücks für Besondere Flurstücksgrenze, Lage und Nutzungsart verändert.

Die Fortführung beinhaltet ein oder mehrere Flurstücke.

Folgende Geschäftsvorgänge werden unterschieden:

010401 Veränderung der besonderen Flurstücksgrenze

Betroffene Objekte:

Flurstück
Besondere Flurstücksgrenze
VN-Position

010402 Veränderung der Lage

Betroffene Objekte:

Flurstück
Lage
VN-Position

010403 Veränderung der Tatsächlichen Nutzung mit Änderung der Wirtschaftsart

Betroffene Objekte:

Flurstück
Tatsächliche Nutzung
VN-Position

010404 Veränderung des Anliegervermerks

Betroffene Objekte:

Flurstück
VN-Position

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Flurstücksdaten fortführen	Schlüssel 010000

010500 Berichtigung der Flurstücksangaben

Definition:

Mit dieser Fortführung werden katasterliche Berichtigungen zu den Flurstücksangaben durchgeführt, die im Bestandsverzeichnis des Grundbuchs nachgewiesen werden.

Die Fortführung beinhaltet je Geschäftsvorgang ein Flurstück.

Folgende Geschäftsvorgänge werden unterschieden:

010501 Berichtigung der Flächenangabe

Betroffene Objekte:

Flurstück

VN-Position

010502 Berichtigung eines Zeichenfehlers

Betroffene Objekte:

Flurstück

Lage

Tatsächliche Nutzung

010503 Berichtigung eines Katastrierungsfehlers

Betroffene Objekte:

Flurstück

Lage

Tatsächliche Nutzung

VN-Position

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Verzeichnisse außerhalb des Grundbuchs fortführen	Schlüssel 020000

Definition der Fortführung:

Hiermit sind die Buchungen von noch nicht gebuchten sowie buchungsfreien Flurstücken sowie sonstige Angaben gemeint, die aufgrund von Vereinbarungen in besonderen Verzeichnissen des Grundbuchs geführt werden.

020100 Katasterliche Buchungsdaten fortführen

Definition:

Mit dieser Fortführung werden im Grundbuch noch nicht gebuchte sowie buchungsfreie Flurstücke im Liegenschaftskataster gebucht (Katasterblatt, Erwerberblatt, Pseudoblatt).

Die Fortführung beinhaltet die Buchung eines Flurstücks auf einer Buchungsstelle.
Folgende Geschäftsvorgänge werden unterschieden:

020101 Katasterliche Buchung eines noch nicht im Grundbuch gebuchten Grundstücks oder Rechts (Erwerber-/Pseudoblatt)

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

020102 Katasterliche Buchung eines buchungsfreien Grundstücks

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Verzeichnisse außerhalb des Grundbuchs fortführen	Schlüssel 020000

020200 Katasterliche Namensnummer und Rechtsgemeinschaft fortführen

Definition:

Mit dieser Fortführung werden Namensnummer und Rechtsgemeinschaft von buchungsfreien Flurstücken verändert.

Folgende Geschäftsvorgänge werden unterschieden:

020201 Veränderung der Namensnummer

Betroffene Objekte:

Namensnummer

020202 Veränderung der Rechtsgemeinschaft

Betroffene Objekte:

Rechtsgemeinschaft

020300 Katasterliche Personendaten fortführen

Definition:

Mit dieser Fortführung werden die Daten zur Person von buchungsfreien Flurstücken sowie zur Anschrift aufgrund katasterlicher Erhebungen verändert.

Folgende Geschäftsvorgänge werden unterschieden:

020301 Veränderung der Personendaten

Betroffene Objekte:

Person

020302 Veränderung der Personengruppe

Betroffene Objekte:

Personengruppe

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil A - Fortführungen im Liegenschaftskataster -	
Bezeichnung des Fortführung Verzeichnisse außerhalb des Grundbuchs fortführen	Schlüssel 020000

020303 Veränderung der Anschrift aufgrund katasterlicher Erhebung

Betroffene Objekte:

Anschrift

020304 Veränderung der Verwaltung

Betroffene Objekte:

Verwaltung

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundbuchblattbezeichnung ändern	Schlüssel 030000

Definition der Fortführung:

Hier ändert sich lediglich die Kopfzeile eines Grundbuchblattes (Amtsgericht, Buchungsbezirk, Blattnummer).

030100 Umnumerierung (infolge Zuständigkeitsänderung am Grundbuch)

Definition:

Die Umnumerierung eines Grundbuchblattes kann notwendig werden z.B. aufgrund Änderung der Zuständigkeit eines Grundbuchamtes (§ 27a GBV) oder infolge Wechsel des Grundbuchbezirks innerhalb des gleichen Grundbuchamtes (§ 27 GBV).

Dieser Fortführungsfall gilt jedoch nicht, wenn aufgrund eines Zuständigkeitswechsels das Grundbuchblatt geschlossen wird.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Beschreibung der Buchungsstelle ändern	Schlüssel 040000

Definition der Fortführung:

Hierunter fallen Veränderungen der Beschreibung eines im Bestandsverzeichnis gebuchten Grundstücks bzw. Rechts.

Die Änderung der Beschreibung einer Buchungsstelle kann sowohl unter der bisherigen laufenden Nummer¹ als auch durch Rönen der ursprünglichen Buchungsstelle bei gleichzeitigem Neuortrag unter der nächsten freien laufenden Nummer im gleichen Grundbuchblatt erfolgen.

040100 Änderungen am Wohnungseigentum

Definition:

Gemäß § 3 WEGGBV ist im Bestandsverzeichnis des Wohnungseigentumsgrundbuchs das Wohnungs- und Teileigentum zu beschreiben.

Der Geschäftsvorgang 2.1 umfaßt Änderungen z.B. hinsichtlich des Miteigentumsanteils am Grundstück, der Beschreibung des Sondereigentums oder der Aufteilungsplannummer.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

040200 Änderungen am Wohnungserbbaurecht

Definition:

Wohnungs- und Teileigentum kann auch an einem Erbbaurecht gemäß § 30 WEG begründet werden.

Der Geschäftsvorgang 2.2 umfaßt Änderungen z.B. hinsichtlich des Miteigentumsanteils am Erbbaurecht, der Beschreibung des Flurstücks, des Grundstückseigentümers, der Beschreibung des Sondereigentums oder der Aufteilungsplannummer.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

¹ z.B. Änderung durch Positionierung

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Beschreibung der Buchungsstelle ändern	Schlüssel 040000

040300 Änderungen am Wohnungsuntererbbaurecht

Definition:

Bei einem Wohnungsuntererbbaurecht handelt es sich um ein Wohnungseigentum an einem Untererbbaurecht.

Der Geschäftsvorgang 2.3 umfaßt Änderungen z.B. hinsichtlich des Miteigentumsanteils am Untererbbaurecht, der Beschreibung des Flurstücks, des Grundstückseigentümers, der Beschreibung des Sondereigentums oder der Aufteilungsplannummer.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

040400 Buchung § 3 Abs. 4 ff GBO ändern

Definition:

Grundsätzlich besteht eine Buchungspflicht für ein Grundstück als ganzes, § 3 Abs. 1 GBO. Unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 4, 5 GBO kann jedoch von der Führung eines einzelnen Grundbuchblattes für ein im Miteigentum stehendes Grundstück abgesehen werden. Dann wird nicht das Gesamtgrundstück gebucht, sondern diese ideellen Miteigentumsanteile werden auf den Grundbuchblättern der herrschenden Grundstücke eingetragen. Der Inhalt der Buchung von ideellen Miteigentumsanteilen ergibt sich aus § 8 GBV.

Der Geschäftsvorgang 2.4 umfaßt Änderungen in der Beschreibung der gebuchten ideellen Miteigentumsanteile.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Beschreibung der Buchungsstelle ändern	Schlüssel 040000

040500 Änderung an den Beziehungen zwischen den Buchungsstellen

Definition:

Zwischen einzelnen Positionen im Bestandsverzeichnis (Buchungsstellen) des gleichen Grundbuchblattes, oder zwischen Buchungsstellen verschiedener Grundbuchblätter können Beziehungen bestehen. Um diese Beziehungen edv-technisch darstellen zu können, unterscheidet man zwischen Beziehungen, die in der Spalte 1 des Bestandsverzeichnisses dargestellt werden (als sog. „zu/hierzu“-Beziehung definiert) und Beziehungen, die sich aus dem Buchungstext der Spalte 3 des Bestandsverzeichnisses ergeben (sog. „an/durch“-Beziehung).

Beispiele für „zu/hierzu“-Beziehungen:

- a) Geh - und Fahrrecht an dem Grundstück Blatt ...
- b) Hierzu die zu Anliegerweg Flurstück Nr. ... gezogene Teilfläche.
- c) 1/10 Miteigentumsanteil an dem Grundstück ...

Beispiele für „an/durch“-Beziehungen:

- a) 5 Fischereirecht an Flurstück
- b) 4 Fischereirecht ausgeübt durch Grundbuchblatt

So können durch Veränderungen an der laufenden Nummer bzw. am Beschrieb einer Buchungsstelle außerdem Veränderungen an der mit einer Beziehung verknüpften Buchungsstelle notwendig werden.

z.B. bei „zu/hierzu“-Beziehungen:

- a 1) Geh - und Fahrrecht an dem Grundstück Blatt ...
- a 2) Geh - und Fahrrecht an dem Grundstück Blatt ... (neu)

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Beschreibung der Buchungsstelle ändern	Schlüssel 040000

040600 Änderungen in der Ergänzung, der Beschreibung und der Bemerkung zu Buchungen

Definition:

Dieser Geschäftsvorgang umfaßt Änderungen in der Beschreibung der Buchungsstelle, die nicht von den vorhergehenden Geschäftsvorgängen abgedeckt werden, z.B. Änderung an der Laufzeit eines Erbbaurechts, Änderung der Beschreibung von Sondernutzungsrechten bei Wohnungs- und Teileigentum.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Angaben zu Eigentümer/Erbbauberechtigten verändern	Schlüssel 050000

Definition der Fortführung:

Die Fortführung umfaßt ausschließlich Änderungen an bereits bestehenden Eigentümerverhältnissen. Buchungstechnisch führt eine Änderung zu der Rötung eines oder mehrerer einer Namensnummer zugeordneter Einträge. Der / die aktuellen Eigentümer werden unter einer neuen Namensnummer vorgetragen. Eine Veränderung an einer bestehenden Eintragung (z.B. Namensänderung) ist auch möglich.

050100 Eigentumsänderung

Definition:

Dieser Geschäftsvorgang gilt für die Auflassung eines Grundstücks bzw. für die Bestellung oder Übertragung eines Erbbaurechts (§ 20 GBO). Ein Grundstück bzw. Erbbaurecht kann im Alleineigentum einer einzelnen Person oder im gemeinschaftlichen Eigentum mehrerer Personen stehen. Dann müssen gemäß § 47 GBO und § 9 GBV die jeweiligen Miteigentumsanteile an der Bruchteilsgemeinschaft bzw. die Form der Gesamthandsgemeinschaft ebenfalls eingetragen werden.

Eine Eigentumsänderung kann einen kompletten Eigentumswechsel am Grundbuchblatt oder nur einen Eigentumswechsel hinsichtlich eines oder mehrerer Eigentümerverhältnisse zur Folge haben. Daher sind folgende Geschäftsvorgänge zu unterscheiden:

050101 Kompletter Eigentumswechsel im Grundbuchblatt

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

050102 Teilweiser Eigentumswechsel im Grundbuchblatt

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Namensnummer
Person

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Angaben zu Eigentümer/Erbbauberechtigten verändern	Schlüssel 050000

Personengruppe
 Anschrift
 Rechtsgemeinschaft

050200 Berichtigung aufgrund Erbnachweis

Definition:

Aufgrund des Eintritts einer Erbfolge findet ein Eigentumsübergang außerhalb des Grundbuchs kraft Gesetzes (§ 1922 BGB) statt. Hiermit liegt eine nachträgliche Unrichtigkeit der Grundbucheintragung vor, so daß gemäß § 22 GBO der ursprüngliche Eigentümereintrag hinsichtlich des gesamten Grundbuchblatts oder nur für eines oder mehrere Eigentümerverhältnisse berichtigt werden muß.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
 Namensnummer
 Person
 Personengruppe
 Anschrift
 Rechtsgemeinschaft

050300 Berichtigung aufgrund von Erwerbsvorgängen außerhalb des Grundbuchs

Definition:

Diese Erwerbsvorgänge finden ohne Auflassung statt. Das führt zu einer nachträglichen Unrichtigkeit der Eigentümereintragung im Grundbuch. Der Eigentümereintrag ist gemäß § 22 GBO oder aufgrund einer Berichtigungsbewilligung gem. § 894 BGB zu berichtigen.

Unter diese Erwerbsvorgänge fallen z.B. Erbanteilsübertragung (§ 2033 Abs. 1 BGB), Vereinbarung der Gütergemeinschaft (§ 1416 Abs. 2 BGB), Anwachsung eines Anteils eines BGB-Gesellschafters (§ 738 Abs. 1 S. 1 BGB).

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Angaben zu Eigentümer/Erbbauberechtigten verändern	Schlüssel 050000

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

050400 Namensänderung

Definition:

Änderung eines Namens einer Privatperson z.B. aufgrund Eheschließung oder einer juristischen Person z.B. aufgrund Umfirmierung.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Namensnummer
Person

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

Definition der Fortführung:

Die Fortführung „Grundstücke buchen“ umfaßt Vorgänge, bei denen ein oder mehrere Flurstücke im Bestandsverzeichnis eines Grundbuchblatts unter einer eindeutigen Nummer eingetragen werden. Sofern in einzelnen Fällen mit der Buchung eines Grundstücks auch eine Eintragung in Abteilung I des Grundbuchblattes verbunden ist, sind auch diese Eintragungen zu berücksichtigen.

060100 Abschreibung

Definition:

Mit dieser Fortführungsart werden ein oder mehrere Grundstücke auf je eine neue Buchungsstelle übertragen. Aus rechtlicher Sicht ist diese Übertragung dann zwingend erforderlich, wenn durch eine Auflassung (nach §§ 873, 925 BGB) das Eigentum nicht an allen im Bestandsverzeichnis eingetragenen Grundstücken wechselt. Darüber hinaus kann eine Übertragung aber auch ohne einen Eigentumswechsel erfolgen, z.B. wenn das Grundstück auf ein anderes Blatt des gleichen Eigentümers abgeschrieben wird. Eine Abschreibung ist auch notwendig, wenn ein Grundstück infolge einer Zuständigkeitsänderung / Zugehörigkeitsänderung in einen anderen Grundbuchbezirk wechselt.

Durch den Fortführungsfall können also n Grundstücke untergehen und n Grundstücke neu gebucht werden. Jedes Grundstück kann aus einem oder mehreren Flurstücken bestehen.

Da die Übertragung des Grundstücks auf ein neues oder ein bereits bestehendes Grundbuchblatt möglich ist, sind folgende Geschäftsvorgänge zu unterscheiden:

060101 Abschreibung auf ein neues Buchungsblatt

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

060102 Abschreibung auf ein bestehendes Buchungsblatt

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

060200 Teilung

Definition:

Teilung in diesem Sinne meint die Buchung von mehreren Flurstücken als rechtlich selbständige Grundstücke. Die betroffenen Flurstücke waren bisher als ein Grundstück im Grundbuch gebucht.

Rechtlich ist die Teilung im Gesetz nicht ausdrücklich geregelt. Die Befugnis, das Grundstück zu teilen, ergibt sich aus dem Recht des Eigentümers, mit seiner Sache nach Belieben zu verfahren. Das Grundbuchamt hat auf einen entsprechenden Antrag des Eigentümers zu prüfen, ob Belastungen in Abteilung II und III oder die Tatsache, daß an dem Grundstück ein Wohnungseigentum begründet wurde, der Teilung entgegenstehen. Das Katasteramt ist an einer Teilung im Vorfeld nicht beteiligt, da das Grundstück bereits aus mehreren Flurstücken bestehen muß.

Durch den Fortführungsfall wird die Buchung eines Grundstücks gelöscht und Grundstücke werden neu gebucht.

Folgende Geschäftsvorgänge sind zu unterscheiden:

060201 Buchung der neuen Grundstücke in einem bestehenden Buchungsblatt

Betroffene Objekte

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

060202 Buchung eines / mehrerer Grundstücke in einem neuen Blatt

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

060300 Buchung aufgrund katasterlicher Zerlegung

Definition:

Eine Zerlegung ist eine katastertechnische Aufteilung eines Flurstücks in mehrere selbständige Flurstücke. Beim Grundbuchamt löst dieser Prozeß die Löschung des Grundstücks, unter dem das bisherige Flurstück gebucht war, aus und führt zur Neubuchung der neu entstandenen Flurstücke unter einer neuen Bestandsverzeichnisnummer.

Ein Grundstück wird mit n neuen Flurstücken neu gebucht.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

060400 Vereinigung (§ 890 Abs. 1 BGB, § 5 GBO)

Definition:

Zwei oder mehrere (rechtlich selbständige) Grundstücke² können dadurch zu einem Grundstück vereinigt werden, daß sie unter einer laufenden Nummer im Bestandsverzeichnis eingetragen werden. Rechtliche Auswirkungen hat die Vereinigung im Hinblick auf Belastungen, da die bisherigen Grundstücke nicht wesentliche Bestandteile des neuen Grundstücks werden. Folge:

à bereits eingetragene Rechte lasten nur auf den bisherigen Grundstücksteilen
à neue Rechte lasten auf dem gesamten Grundstück - Ausnahme: § 7 GBO

In diesem Fortführungsfall werden n Grundstücksbuchungen gelöscht und 1 Grundstück neu gebucht.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle

Anmerkung:

Sind die Grundstücke, die zu einem neuen Grundstück vereinigt werden sollen, in verschiedenen Grundbuchblättern gebucht, so müssen die betroffenen Grundstücke vor der Vereinigung auf eines der Grundbuchblätter abgeschrieben werden (sinnvollerweise auf das Blatt, in dem später die Vereinigung eingetragen wird).

² d.h. Grundstücke, die jeweils unter einer eigenen laufenden Nummer im Bestandsverzeichnis eingetragen sind.

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

060500 Bestandteilszuschreibung (§ 890 Abs. 2 BGB, § 6 GBO)

Definition:

Ein oder mehrere (rechtlich selbständige) Grundstücke werden zum Bestandteil eines anderen Grundstücks gemacht, in dem sie diesem zugeschrieben werden.

Im Unterschied zu § 890 Abs. 1 BGB wird das zugeschriebene Grundstück wesentlicher Bestandteil des neuen Grundstücks. Daraus resultiert, daß zwar bisherige Belastungen - wie bei § 890 Abs. 1 BGB - nur auf den alten Grundstücken lasten, wegen § 1131 BGB sich jedes Grundpfandrecht am Hauptgrundstück kraft Gesetzes auf den zugeschriebenen Teil mit erstreckt. Praktisch liegt in diesem Fall eine Art der Nachverpfändung vor.

Der Fortführungsfall bewirkt, daß die Buchung von n Grundstücken gelöscht und ein Grundstück neu gebucht wird.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

060600 Vollziehung einer Verschmelzung

Definition:

Unter einer Verschmelzung wird der Zusammenschluß eines Flurstücks oder eines Flurstücksteils mit einem anderen Flurstück oder Flurstücksteil zu einem neuen Flurstück verstanden. Dabei setzt die Verschmelzung voraus, daß die zu verschmelzenden Flurstücke / Flurstücksteile bereits Teile desselben Grundstücks im Grundbuchsinn bilden. Dieser Geschäftsvorgang wird auf der katasterlichen Seite ausgelöst und führt im Grundbuch dazu, daß die bisher gebuchten Flurstücke gelöscht und das neue Flurstück als Grundstück neu gebucht wird.

Aus grundbuchrechtlicher Sicht könnten sich bei diesem Geschäftsvorgang Bedenken ergeben soweit im Fall des § 7 GBO die Belastung des realen Grundstücksteils - bestehend aus einem Flurstück - zugelassen wurde und sich nach der Verschmelzung

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

der reale Teil nicht mehr eindeutig feststellen läßt. Bevor die Verschmelzung durch das Katasteramt vollzogen wird, erfolgt daher an das zuständige Grundbuchamt eine Verschmelzungsvoranfrage, um rechtliche Bedenken im Vorfeld abzuklären. Bei dieser Fortführung wird 1 Grundstück gelöscht und 1 Grundstück neu gebucht.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle

060700 Buchung aufgrund Veränderung der Grundstücksbezeichnung oder der Größe (Spalten 3 + 4 des BV)

Definition:

Die Grundstücksbezeichnung (= Angaben zur Gemarkung, Flur, Flurstück, Wirtschaftsart und Lage) sowie die Größe eines Flurstücks werden originär beim Liegenschaftskataster geführt und aktuell gehalten. Änderungen führen im Grundbuch dazu, daß ein Grundstück mit den geänderten Angaben zur Grundstücksbezeichnung und / oder mit der geänderten Größe unter einer neuen laufenden Nummer im Bestandsverzeichnis eingetragen wird oder daß die Angaben in der bisherigen Buchung nur verändert werden.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle

060800 Buchung nach § 3 Abs. 4 GBO aufheben

Definition:

Mit dieser Fortführung werden ideelle Miteigentumsanteile an einem Grundstück, die nach § 3 Abs. 4 GBO auf den Grundbuchblättern der herrschenden Grundstücke gebucht waren, wieder als Grundstück in einem Grundbuchblatt gebucht. Die Buchung des Grundstücks kann erfolgen:

- auf ein neues Buchungsblatt

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

- auf ein anderes bestehendes Buchungsblatt

Durch diese Fortführung gehen also n Anteile unter und 1 Grundstück wird neu gebucht. Das Grundstück kann aus einem oder mehreren Flurstücken bestehen.

Folgende Geschäftsvorgänge sind zu unterscheiden:

060801 Buchung des Grundstücks auf ein neues Buchungsblatt

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Person

Personengruppe

Anschrift

Rechtsgemeinschaft

060802 Buchung des Grundstücks auf ein bestehendes Buchungsblatt der Miteigentümer

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

060900 Aufhebung eines Wohnungseigentums

Definition:

Mit dieser Fortführung wird der Regelung des § 9 Abs. 3 WEG Rechnung getragen. Hiernach ist das Grundstück, das mit Begründung des Wohnungs- oder Teileigentums in den Wohnungsgrundbüchern / Teileigentumsgrundbüchern in Miteigentumsanteilen gebucht war, infolge der Aufhebung des Wohnungs- bzw. Teileigentums wieder als einheitliches Grundstück in einem Grundbuchblatt zu buchen. Die Buchung des Grundstücks kann erfolgen:

- auf ein neues Buchungsblatt

- auf ein anderes bestehendes Buchungsblatt

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

Durch die Fortführung gehen also n Miteigentumsanteile unter und 1 Grundstück wird neu gebucht. Das Grundstück kann aus einem oder mehreren Flurstücken bestehen.

Folgende Geschäftsvorgänge sind zu unterscheiden:

060901 Buchung des Grundstücks auf ein neues Buchungsblatt

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Person

Personengruppe

Anschrift

Rechtsgemeinschaft

060902 Buchung des Grundstücks auf ein bestehendes Buchungsblatt

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

061000 Umschreibung eines Grundbuchs (§§ 28 ff, 68 GBV)

Definition:

Mit einer Umschreibung wird der Inhalt eines Grundbuchblattes auf ein neues Grundbuchblatt übertragen.

Die Umschreibung eines Grundbuchblattes kann notwendig sein

- wenn das Grundbuchblatt für Neueintragungen keinen Raum mehr läßt (§ 23 Abs. 1 GBV)
- wenn der Inhalt eines Grundbuchblattes unübersichtlich geworden ist (§ 28 Abs. 1 GBV)
- zur wesentlichen Vereinfachung des Grundbuchblattes (§ 28 a Abs. 2 GBV)
- zur Umstellung eines Grundbuchs auf das Loseblattgrundbuch (§ 28 Abs. 2 b GBV)

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

- e) zur Überführung eines Papiergrundbuchs auf die maschinelle Grundbuchführung (§ 68 Abs. 1 GBV³); in diesem Fall gelten über § 72 GBV die Vorschriften für die Umschreibung nach § 28 ff GBV)

Bei der Umschreibung werden die bisherigen Eintragungen auf ein neues Grundbuchblatt mit einer neuen Blattnummer übertragen (§ 30 Abs. 1 a GBV). Hinsichtlich bereits gelöschter Rechte sind zwei Verfahrensweisen denkbar:

- Gelöschte Eintragungen werden unter ihrer bisherigen laufenden Nummer in das neue Grundbuch übernommen. Statt des Eintragungstextes wird jedoch der Vermerk "Gelöscht" aufgenommen (§ 30 Abs. 1 c Satz 1+2 GBV).
- Gelöschte Eintragungen werden nur insoweit übernommen als es zum Verständnis für andere bestehende Eintragungen notwendig ist. Dies kann zur Folge haben, daß bestehende Eintragungen nicht mehr unter ihrer bisherigen laufenden Nummer eingetragen werden, sondern eine neue laufende Nummer erhalten (§ 30 Abs. 1 c Satz 3 GBV). Eintragungen, die nicht in das neue Grundbuch übernommen werden, gelten als gelöscht.

Das Katasteramt erhält nach § 39 GBV von der Umschreibung eines Grundbuchs eine Mitteilung. Mitzuteilen ist die neue Blattnummer sowie der aktuell gültige Inhalt bzgl. Bestandsverzeichnis und Abteilung I.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Person

Personengruppe

Anschrift

Rechtsgemeinschaft

³ Nach der Kommentierung "Meikel, Böhringer/Böttcher, Ebeling/Göttlinger", 8. Auflage, bedeutet eine Umschreibung nach § 68 GBV, daß der bisherige Grundbuchinhalt in Form von codierter Information (also nicht durch Scannen) in den Datenspeicher aufgenommen wird.

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

061100 Neufassung eines Grundbuchs (§§ 33, 69 GBV)

Definition:

Die Neufassung eines Grundbuchs ist in verschiedenen Vorschriften geregelt und behandelt zwei verschiedene Fallkonstellationen:

§ 33 GBV - Teilweise Neufassung einzelner Abteilungen

Diese Vorschrift eröffnet die Möglichkeit, eine oder mehrere Abteilungen eines Grundbuches neu zu fassen, wenn die betreffende Abteilung unübersichtlich geworden ist. Für das Verfahren sind die Vorschriften aus § 30 Abs. 1 c Satz 1+2, d, e, g, i GBV anwendbar. Die teilweise Neufassung unterscheidet sich damit von der Umschreibung im Wesentlichen darin, daß keine Übertragung auf ein neues Grundbuchblatt erfolgt und die Blattnummer damit unverändert bleibt. Mit bereits gelöschten Eintragungen ist nach § 30 Abs. 1 c Satz 1 + 2 GBV zu verfahren. Folglich sind alle Eintragungen unter ihrer bisherigen laufenden Nummer zu übertragen. Eine für das Katasteramt relevante Änderung einer laufenden Nummer kann bei der Neufassung also nicht entstehen.

Anmerkung:

Eine Benachrichtigungspflicht an das Katasteramt besteht in diesem Fall der Neufassung nicht. Eine Mitteilung an das Katasteramt kann aber auch in diesen Fällen sinnvoll sein, wenn z.B. im Bestandsverzeichnis und der Abteilung I beim Katasteramt aus "Altlasten" (BEDV-Zeiten...) die laufenden Nummern bisher noch nicht mit dem aktuellen Grundbuchinhalt übereinstimmen.

§ 69 GBV - Anlegung des maschinell geführten Grundbuchs durch Neufassung

Nach der Kommentierung⁴ handelt es sich bei dieser Art der Neufassung eigentlich um eine Umschreibung eines Grundbuchblattes. Für dieses Verfahren gelten aber einige Besonderheiten:

- anders als bei einer Umschreibung erhält das neue Grundbuch keine neue Blattnummer (§ 69 Abs. 2 GBV)

⁴ "Meikel, Böhringer/Böttcher, Ebeling/Göttlinger", 8. Auflage

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

- anders als bei einer normalen Neufassung einer Abteilung werden nicht alle gelöschten und noch gültigen Eintragungen übernommen. Statt dessen wird im Bestandsverzeichnis und in der Abteilung I des neuen Blattes - soweit möglich - nur der aktuelle Stand dargestellt.

Die Neufassung eines Grundbuchblattes nach § 68 GBV ist nach § 69 Abs. 2 Satz 3 GBV i.V. m. § 39 Abs. 3 GBV nicht an das Katasteramt mitzuteilen.

Anmerkung:

Die Unterarbeitsgruppe ist der Auffassung, daß diese fehlende Mitteilungspflicht beim Datenaustausch zu Problemen führen wird: Mit der Neufassung des Grundbuchs nach § 69 GBV wird beabsichtigt, nur aktuelle Buchungen in das maschinelle Grundbuch zu übernehmen. Damit tritt die Situation auf, daß Flurstücke und Eigentümer nach der Neufassung unter anderen laufenden Nummern in der jeweiligen Abteilung eingetragen sind. Solche Änderungen müssen zur Übereinstimmung von Grundbuch und Kataster an das Partnersystem übermittelt werden. Daher:

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

061200 Erstbuchung eines Grundstücks

Definition:

Die Erstbuchung eines Grundstücks - auch als *Anlegungsverfahren* bezeichnet - kommt in folgenden Fällen in Betracht:

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

- a) Erstmalige Buchung eines herrenlosen Grundstücks
- b) Buchung eines Grundstücks nach § 3 Abs. 2 GBO⁵ (sog. buchungsfreie Grundstücke)
- c) Erstmalige Buchung eines Grundstücks, das durch Grenzregulierungen aus dem Ausland in das Bundesgebiet übergegangen ist.

Diese Erstbuchung unterscheidet sich auf der Grundbuchseite dadurch von anderen Buchungen, daß für die neue Buchungsstelle keine alte Buchungsstelle gelöscht werden muß.

Die Fortführung löst die Buchung von n Grundstücken aus.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Person

Personengruppe

Anschrift

Rechtsgemeinschaft

061300 Ausbuchung eines Grundstücks

Definition:

Nach § 3 Abs.3 GBO sind unbelastete Grundstücke des Bundes, der Länder, Kommunen und anderer Kommunalverbände, der Kirchen, Klöster und Schulen auf Antrag der Eigentümer, aus dem Grundbuch auszutragen. Nach Artikel 189 EGBGB sind für diese Grundstücke, die Vorschriften des Liegenschaftsrechts im BGB maßgebend.

⁵ § 3 Abs. 2 GBO: „Die Grundstücke des Bundes, der Länder, der Gemeinden und anderer Kommunalverbände, der Kirchen, Klöster und Schulen, die Wasserläufe, die öffentlichen Wege, sowie die Grundstücke, welche einem dem öffentlichen Verkehr dienenden Bahnunternehmen gewidmet sind, erhalten ein Grundbuchblatt nur auf Antrag des Eigentümers oder eines Berechtigten.“

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

Diese Ausbuchung unterscheidet sich auf der Grundbuchseite dadurch von anderen Abschreibungen, daß für die alte Buchungsstelle keine neue eingetragen wird und auf der Katasterseite dafür ein Katasterblatt angelegt werden muß.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift

061400 Aufhebung von Anteilen am ungetrennten Hofraum

Definition:

Zu einem ungetrennten Hofraum gehören Grundstücke, die zwar in ihren Außengrenzen, nicht aber bzgl. der daran bestehenden Anteile vermessen und katastermäßig erfaßt sind. Im Grundbuch werden die nicht ausgemessenen, einzelnen Grundstücksflächen als "Anteil an einem ungetrennten Hofraum" ausgewiesen. Bis zur Vermessung der einzelnen Grundstücksflächen und Aufnahme in das Liegenschaftsbuch gilt das Gebäudesteuerbuch als amtliches Verzeichnis nach § 2 Abs. 2 GBO. Diese Nummer des Gebäudesteuerbuchs ist bis zur Vermessung im Grundbuch eingetragen.⁶ Für ungetrennte Hofräume existieren zwei miteinander korrespondierende Eintragungen: In einem Grundbuch sind alle ungetrennten Hofräume eines Grundbuchbezirks verzeichnet. Im zweiten Grundbuch ist im Bestandsverzeichnis dann der "Anteil an einem bestimmten ungetrennten Hofraum" eingetragen. Nach der katasterlichen Erfassung wird die bisherige Eintragung in beiden Grundbüchern gelöscht und das vermessene Grundstück als "normales" Grundstück gebucht.

⁶ siehe Anlage I mit Mustereintragung

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Grundstücke buchen	Schlüssel 060000

Durch die Fortführung werden n Buchungen gelöscht und n neue Buchungen vorgenommen.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Frage: Muß die "Anlegung des maschinell geführten Grundbuchs durch Umstellung § 70 GBV" Berücksichtigung finden ?

Definition:

Die Umstellung eines Grundbuchs auf die maschinelle Grundbuchführung kann erfolgen:

- durch Aufnahme des Grundbuchs in den Datenspeicher durch Scannen der Grundbuchblätter
- durch Übernahme von existierenden elektronischen Datenbeständen in den Datenspeicher, die bisher parallel zum Papiergrundbuch vorgehalten wurden.

In beiden Fällen ändern sich weder die Blattnummer, noch der Grundbuchinhalt.

Denkbar ist aber, daß im zweiten Fall der Inhalt der vorhandenen Datenbestände zum Teil aktueller ist, als die Informationen, die im Katasteramt hinsichtlich der laufenden Nummern in Abteilung I und im Bestandsverzeichnis verfügbar sind. Erörtert werden sollte, ob in diesem Fall zur Beseitigung der "Altlasten" nicht doch eine Mitteilung an das Katasteramt erfolgen sollte.

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Rechte buchen	Schlüssel 070000

Definition der Fortführung

Hier sind grundstücksgleiche Rechte, Rechte nach § 9 GBO sowie sonstige Rechte gemeint (mit und ohne Abteilung I).

070100 Erbbaurecht anlegen

Definition:

Ein Erbbaurecht ist das einer natürlichen oder juristischen Person zustehende veräußerliche und vererbliche Recht, auf oder unter fremdem Boden ein Bauwerk zu haben. Als grundstücksgleiches Recht wird es wie ein Grundstück behandelt. Es werden deshalb zwei Grundbücher wegen der sachenrechtlichen Trennung von Grundstück und Erbbaurecht angelegt. Die Eintragung des Erbbaurechts erfolgt unter einer lfd. Nr. 1 im Bestandsverzeichnis des Erbbaugrundbuchs mit Verweis auf das belastete Grundstück und dessen Eigentümer. Für jedes Erbbaurecht ist nach § 14 ErbbauVO ein besonderes Blatt (Erbbaugrundbuchblatt) anzulegen.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

070200 Erbbaurecht aufheben

Definition:

Die Löschung des Erbbaurechts erfolgt aufgrund rechtsgeschäftlicher Aufhebung oder nach Zeitablauf. Mit der Löschung des Erbbaurechts wird das Bauwerk wesentlicher Bestandteil des Grundstücks, das Erbbaurechtsgrundbuch ist von Amts wegen zu schließen. Mit der Löschung der Buchungsstelle wird dieses Grundbuchblatt geschlossen.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Rechte buchen	Schlüssel 070000

070300 Herrschvermerk anlegen

Definition:

Rechte, die dem jeweiligen Eigentümer eines Grundstücks (subjektiv-dinglich) zustehen, gelten nach § 96 BGB als Bestandteile des (herrschenden) Grundstückes⁷. Die an dem herrschenden Grundstück bestehenden Rechte erstrecken sich auf sie. Voraussetzung hierfür ist eine Eintragung des Rechts am (dienenden) Grundstück in Abteilung II.

Die Eintragung des Herrschvermerk erfolgt im Bestandsverzeichnis des Grundbuchblatts, in dem das herrschende Grundstück gebucht ist. Durch „Zuvermerk“ (z.B. 4/zu 1) wird der Bezug zum herrschenden Grundstück verdeutlicht. Diese Buchung erfolgt demnach nur in einem Grundbuchblatt, wo bereits ein Grundstück (das Herrschende) gebucht ist.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

070400 Herrschvermerk löschen

Definition:

Wird das subjektiv-dingliche Recht aufgehoben (was nur durch die Löschung des Rechts auf dem Blatt des belasteten Grundstücks geschehen kann), ist der Vermerk von Amts wegen zu löschen. Da es sich um eine Eintragung zu einem herrschenden Grundstück handelt, wird lediglich die Buchungsstelle gelöscht. Andere Veränderungen erfolgen in dem Grundbuchblatt des herrschenden Grundstücks nicht.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

⁷ Subjektiv-dingliche Rechte sind z.B.: Grunddienstbarkeiten, Reallasten, dingliches Vorkaufsrecht, Erbbauzins, Fischereirechte, Fischereiberechtigungen

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Rechte buchen	Schlüssel 070000

070500 Untererbbaurecht anlegen

Definition:

Das Untererbbaurecht ist eintragungsfähig, wenn es im Grundbuch des „Obererbbaurechts“ (dem eigentlichen Erbbaurecht am Grundstück) in Abteilung II an 1. Rangstelle eingetragen wird und sich in dessen Rahmen hält. Für das Untererbbaurecht ist ein weiteres Grundbuch anzulegen. Die Eintragung des Untererbbaurechts erfolgt unter lfd. Nr. 1 im Bestandsverzeichnis des Untererbbaurechtsgrundbuchs mit Verweis auf das belastete Erbbaurecht (auch hier besonderes Blatt). Buchungstechnisch unterscheidet sich die Eintragung eines Untererbbaurechts nicht von einem Erbbaurecht. Es sind aber Beziehungen zum belasteten Erbbaurecht und über diese auf das belastete Grundbuch zu dokumentieren.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

070600 Untererbbaurecht aufheben

Definition:

Die Löschung des Untererbbaurechts erfolgt aufgrund rechtsgeschäftlicher Aufhebung oder nach Zeitablauf. Mit der Löschung des Untererbbaurechts wird das Bauwerk wesentlicher Bestandteil des Erbbaurechts, das Untererbbaurechtsgrundbuch ist von Amts wegen zu schließen. Dies erfolgt durch die Löschung des Untererbbaurechts im Untererbbaurechtsgrundbuch. Mit der Löschung der Buchungsstelle wird dieses Grundbuchblatt geschlossen.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Rechte buchen	Schlüssel 070000

070700 Sonstige Rechte anlegen

Definition:

Bei sonstigen Rechten (Kellerrechte, Gerechtsame u.s w.) handelt es sich um nach EGBGB übernommene Rechte, die nur erfaßt werden können, um den Grundbuchstand zu dokumentieren. Neu anzulegende Rechte im Grundbuch sind im Fall der Anlegung von Gebäudegrundbuchblättern gegeben, wobei das Gebäudeeigentum ähnlich wie beim Erbbaurecht ein eigenes Grundbuch erhält. Diese Rechte können sowohl Beziehungen zu Grundstücken haben, als auch eine selbständige Eintragung darstellen. Aus diesem Grund kann ein solches sonstiges Recht wie ein Herrschvermerk, ein grundstücksgleiches Recht oder ein Grundstück (ohne jegliche Beziehung zu anderen Buchungen) eingetragen werden.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle
Namensnummer
Person
Personengruppe
Anschrift
Rechtsgemeinschaft

070800 Sonstige Rechte aufheben

Definition:

Eine Löschung dieser „sonstigen Rechte“ ist in Ausnahmefällen möglich aufgrund Löschungsbeurteilung, Unrichtigkeitsnachweis bzw. als Lösungsverfahren nach §§ 84 ff GBO (gegenstandslose Eintragung). Bei Aufhebung des Gebäudeeigentums ist das Gebäudegrundbuch zu schließen (gleiche buchungstechnische Verfahrensweise wie bei „Erbbaurecht aufheben“). In den anderen Fällen wird die entsprechende Buchungsstelle gerötet. Ist das zu löschende Recht die letzte Buchung, ist das Grundbuch zu schließen.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Rechte buchen	Schlüssel 070000

070900 Wohnungserbbaurecht aufheben

Definition:

Die Wohnungserbbaurechtsgrundbücher werden geschlossen, wenn

- nach §§ 30 Abs. 3, 4 WEG die Sondereigentumsrechte aufgehoben werden,
- auf Antrag aller Eigentümer bzw. des Eigentümers sofern sich alle Sondereigentumsrechte in einer Person vereinigen
- wenn alle Sondereigentumsrechte durch Zerstörung gegenstandslos geworden sind und
- bei Aufhebung des Erbbaurechts.

Mit dem Schließen aller separaten Grundbücher ist das Erbbaurecht nach §§ 30 Abs. 3, 9 Abs. 3 WEG analog als Ganzes neu zu buchen (vergl. 5.1). Nicht mit einbegriffen ist die Schließung eines einzelnen Wohnungserbbaugrundbuchblattes, da dieser Anteil den anderen Wohnungserbbaurechtsinhabern zugeschrieben wird. (Änderung am Wohnungserbbaurecht).

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

071000 Wohnungsuntererbbaurecht aufheben

Definition:

Die Aufhebung eines Wohnungsuntererbbaurechts kann erfolgen

- a) aus den gleichen Gründen, aus denen ein Wohnungs- bzw. Teileigentum aufgehoben wird:
 - wenn nach § 4 WEG die Sondereigentumsrechte aufgehoben werden,
 - auf Antrag aller Eigentümer bzw. des Eigentümers sofern sich alle Sondereigentumsrechte in einer Person vereinigen
 - wenn alle Sondereigentumsrechte durch Zerstörung gegenstandslos geworden sind
- b) wenn das Untererbbaurecht erlischt
- c) wenn das Erbbaurecht erlischt.

Es erfolgt - wie beim Erbbaurecht - die Schließung aller Wohnungsuntererbbaurechtsgrundbücher und ein Untererbbaurechtsgrundbuch wird neu angelegt (vgl. Punkt 5.5).

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Rechte buchen	Schlüssel 070000

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

071100 Teilung Herrschvermerk aufheben

Definition:

Die Aufhebung der Teilung eines Herrschvermerks wird nur im Zusammenhang mit der Rückführung eines bisher auf verschiedenen Blättern gebuchten Grundstücks auf eine Buchungsstelle erfolgen z.B. Aufhebung eines Wohnungseigentums, Aufhebung einer Anteilsbuchung nach § 3 Abs. 4 GBO.

Mit der Schließung der Wohnungsgrundbücher bzw. der Löschung der Anteilsbuchung in den verschiedenen Grundbüchern wird der aufgeteilte Herrschvermerk, der zu dem aufgeteilten Grundstück gehört, wieder im Grundbuch des Grundstücks gebucht. Buchungstechnisch ist es der gleiche Vorgang wie Punkt. 5.3.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

071200 Teilung sonstiges Recht aufheben

Definition:

Die Aufhebung der Teilung eines sonstigen Rechts wird im Zusammenhang mit einer Aufhebung der Teilung eines Grundbuchs bzw. teilungsfähigen Rechts erfolgen. Die Aufhebung einer Teilung bedeutet verfahrenstechnisch, daß das Recht wieder als Ganzes in einem Grundbuch zu buchen ist. Dies erfolgt bei anderen Grundstücken oder Rechten zugeordneten sonstigen Rechten in dem Grundbuch, wo das nunmehr nicht mehr geteilte Grundstück/Recht neu gebucht wird. Ausnahme ist hier die Aufhebung einer Teilung eines Gebäudegrundbuchblattes. Das geteilte sonstige Recht wird wie unter Punkt 5.7 beschrieben behandelt.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Anteile buchen	Schlüssel 080000

Definition der Fortführung:

Hier sind Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und sonstige Eigentumsformen gemeint, die in Anteilen gebucht werden (mit und ohne Abteilung I).

080100 Buchung nach § 3 Abs.4 GBO

Definition:

Ist ein Grundstück im wirtschaftlichen Sinn als Zubehör mehrerer anderer Grundstücke anzusehen und steht es im Miteigentum der Eigentümer dieser Grundstücke (Bruchteilseigentum nach §§ 1008 ff. BGB), muß das Grundstück nicht in einem separaten Grundbuch geführt werden. Vielmehr wird das dienende Grundstück in Miteigentumsanteilen auf den Blättern der herrschenden Grundstücke gebucht. Ausnahme: Diese Art der Buchung ist nach § 3 Abs. 6 GBO auch zulässig, wenn ein Alleineigentümer der herrschenden Grundstücke und des dienenden Grundstücks die Anteilsbuchung, z.B. in Veräußerungsabsicht, beantragt.

Buchungstechnisch erfolgt eine Abschreibung des Grundstücks auf mehrere bereits bestehende Grundbuchblätter. Die Eintragung erfolgt nach § 8 GBV wie beim Herrschvermerk im Grundbuch des herrschenden Grundstücks als eigene Buchung (z. B. 2/ zu 1).

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

080200 Anlegen von Wohnungseigentum

Definition:

Ein Wohnungseigentum kann

- a) nach § 3 WEG durch Vertrag der Miteigentümer oder
- b) nach § 8 WEG durch Erklärung des Eigentümers

begründet werden. Das entstehende Wohnungseigentum (Teileigentum) ist echtes Eigentum bürgerlichen Rechts in Form einer rechtlichen Verbindung von Miteigentum an Grundstück und Gebäude mit Sondereigentum an einer Wohnung bzw. mit Teileigentum an nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen. Das Grundbuchblatt des Grundstücks wird nach § 7 Abs. 1 Satz 3

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Anteile buchen	Schlüssel 080000

WEG von Amts wegen geschlossen, d.h. das aufgeteilte Grundstück wird nicht separat gebucht sondern in Anteilen in den entsprechenden Wohnungs- oder Teileigentumsgrundbüchern. Als Ausnahme hierzu läßt § 7 Abs. 2 WEG auch ein gemeinschaftliches Wohnungseigentumsgrundbuchblatt / Teileigentumsgrundbuchblatt zu.

Buchungstechnisch erfolgt eine Abschreibung des zu teilenden Grundstücks auf 1 + n neue Buchungsstellen.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Person

Personengruppe

Anschrift

Rechtsgemeinschaft

Verwaltung

080300 Anlegen von Wohnungserbbaurecht

Definition:

Nach § 30 Abs. 1 und 2 WEG kann ein Erbbaurecht zu Wohnungserbbaurechten geteilt werden. Für jeden Anteil ist nach § 30 Abs. 3 WEG von Amts wegen ein separates Grundbuch (Wohnungserbbaugrundbuch / Teilerbbaugrundbuch) anzulegen. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist in § 7 Abs. 2 WEG geregelt, wonach auch die Führung eines gemeinschaftlichen Blattes zulässig ist. Die Eintragungen enthalten neben den Angaben zum Miteigentumsanteil in Verbindung mit Sondereigentum und dessen Beschränkung den Bezug auf das mit dem Erbbaurecht belastete Grundstück samt Eigentümerangaben. Das Erbbaugrundbuchblatt des Erbbaurechts wird von Amts wegen geschlossen, d.h. das aufgeteilte Erbbaurecht wird nicht separat gebucht.

Im übrigen erfolgt die Buchung wie bei Punkt 6.2. Auch hier erfolgt eine Buchung des grundstücksgleichen Rechts auf 1 + n Buchungsstellen.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Anteile buchen	Schlüssel 080000

Person
 Personengruppe
 Anschrift
 Rechtsgemeinschaft
 Verwaltung

080400 Anlegen von Wohnungsuntererbbaurecht

Definition:

Nach h.M. ist ein Untererbbaurecht im Grundbuch unter bestimmten Bedingungen eintragbar (Punkt 5.5). Für die Teilung eines Untererbbaurechts nach WEG bestehen keine Vorschriften, so daß der § 30 Abs. 1 und 2 WEG entsprechend anzuwenden wären. Es ist demnach wieder ein separates Grundbuch je Anteil einzurichten und das Untererbbaurechtsgrundbuch zu schließen. Im übrigen erfolgt die Buchung wie bei Punkt 6.2. Auch hier erfolgt eine Buchung des grundstücksgleichen Rechts auf 1 + n Buchungsstellen.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
 Buchungsstelle
 Namensnummer
 Person
 Personengruppe
 Anschrift
 Rechtsgemeinschaft
 Verwaltung

080500 Teilung eines Herrschvermerks

Definition:

Im Falle der Begründung von Wohnungs- oder Teileigentum oder der erstmaligen Anteilsbuchung nach § 3 Abs. 4 GBO ist der an dem zu teilenden Grundstück dokumentierte Herrschvermerk auf die Grundbuchblätter des geteilten Grundstücks zu übertragen.

Die Buchung des Herrschvermerks erfolgt in allen betroffenen Grundbüchern. Ausnahme zur Teilung des Herrschvermerks ist, daß das reale Herrschaftsrecht nur von einem Miteigentumsanteil ausgeübt wird. In diesem Fall wird der Herrschvermerk nur an diesem Wohnungs- /

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Anteile buchen	Schlüssel 080000

Teileigentumsgrundbuch eingetragen (Pkt.5.3.).

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

080600 Teilung eines sonstigen Rechts

Definition:

Ist ein sonstiges Recht (z.B. Kellerrecht) mit einem Grundstück oder einem anderen nach WEG teilbaren Recht verbunden, ist es bei einer Teilung mit auf die entsprechenden besonderen Grundbuchblätter zu übertragen. Voraussetzung hierfür ist, daß das sonstige Recht sich auf das Grundstück/Recht als Ganzes bezieht.

Die Teilung eines Gebäudegrundbuchblattes erfolgt buchungstechnisch wie die Teilung eines Wohnungserbbaurechts. Aus diesem Grund sind die Objekte der Abteilung I mit betroffen.

Die Teilung eines sonstigen Rechts, das mit einem Grundstück bzw. teilbaren Recht verbunden ist, erfolgt durch die Abschreibung der einzelnen Anteile auf die bestehenden Wohnungs- / Teileigentumsgrundbücher bzw. auf Wohnungs- / Teilerbbaurechts- oder Untererbbaurechtsgrundbücher.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Person

Personengruppe

Anschrift

Rechtsgemeinschaft

Verwaltung

080700 Erfassen ungetrennter Hofräume

Definition:

Ein ungetrennter Hofraum ist ein Grundstück, das zwar in seinen Außengrenzen vermessen ist, aber aus mehreren Anteilen besteht, die weder vermessen wurden noch in Bruchteilen angegeben

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Anteile buchen	Schlüssel 080000

werden können. Die einzelnen rechtlich selbständigen Anteile am ungetrennten Hofraum werden anhand des Gebäudesteuerbuchs identifiziert, welches als amtliches Verzeichnis gem. § 2 Abs. 2 GBO gilt.

Sowohl der ungetrennte Hofraum als Ganzes als auch die Anteile am ungetrennter Hofraum haben eine eigene Buchung bzw. ein eigenes Grundbuch. Im Grundbuch des ungetrennten Hofraumes sind fiktive Eigentümereintragungen (der ungetrennte Hofraum und ähnliches) erfolgt. Im buchungstechnischen Unterschied zu Wohnungseigentum / Teileigentum ist hier das Grundstück als Ganzes zusätzlich gebucht.

Neu angelegt werden diese Grundbücher nicht mehr, aber zur Ersterfassung des vorhandenen Bestandes bzw. bei Aufhebung der Teilung eines nach WEG aufgeteilten Anteils am ungeteilten Hofraum ist dies anzuwenden.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Person

Personengruppe

Anschrift

Rechtsgemeinschaft

080800 Teilung einer Buchung § 3 Abs. 4 GBO nach WEG

Definition:

Die Teilung einer solchen Buchung ist notwendig, wenn das „herrschende“ Grundstück geteilt wird. Eine separate Buchung eines Teiles des wirtschaftlich dem herrschenden Grundstück zugeordneten Grundstücks ist unzulässig.

Damit ist das bereits geteilte Grundstück nochmals auf die entstehenden Wohnungs- bzw. Teileigentumsgrundbücher aufzuteilen. Es erfolgt hier wiederum eine Abschreibung einer Buchung auf mehrere bereits bestehende Wohnungs- / Teileigentumsgrundbücher.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Anteile buchen	Schlüssel 080000

080900 Teilung eines Anteiles am ungetrennten Hofraum nach WEG

Definition:

Da ein Anteil am ungetrennten Hofraum ein Grundstück im Rechtssinn ist, kann es auch nach WEG geteilt werden. Die Verfahrensweise ist analog der Aufteilung eines Grundstücks nach WEG. Das Grundbuch des Anteils am ungeteilten Hofraum ist zu schließen und an dessen Stelle treten die Wohnungs- bzw. Teileigentumsgrundbücher.

Buchungstechnisch wird wie bei Teilung nach WEG verfahren.

Betroffene Objekte:

Buchungsblatt
 Buchungsstelle
 Namensnummer
 Person
 Personengruppe
 Anschrift
 Rechtsgemeinschaft
 Verwaltung

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung	Schlüssel
Ändern in Verzeichnissen ohne Grundbucheintrag	090000

Definition der Fortführung:

Neben der Abspeicherung einer Grundbucheintragung muß ein Programm zur maschinellen Grundbuchführung auch Daten vorhalten können, die gemäß GBO und GBV nicht zum Inhalt des Grundbuchs werden, jedoch für die Bearbeitung grundbuchrelevanter Vorgänge benötigt werden. Diese werden in separaten Verzeichnissen geführt.

Diese Fortführung umfaßt Änderungen von Daten in diesen Registern.

090100 Verwaltung eintragen / ändern

Definition:

Nach § 12 WEG und § 3 Abs. 2 WEGGBV kann zur Veräußerung eines Wohnungs- und Teileigentums die Zustimmung des Verwalters der Wohnungseigentumsanlage notwendig sein.

Diese Veräußerungsbeschränkung ist vom Grundbuchamt bei der Eintragung des Eigentumswechsels zu beachten. Deshalb werden Daten über die jeweilige Wohnungseigentumsverwaltung außerhalb des Grundbuchs in Registern geführt.

Es besteht auch die Möglichkeit, daß zur Veräußerung die Zustimmung einer anderen Person vorliegen muß, z.B. die des Grundstückseigentümers. Dann kann in diesem Register auch dies erfaßt werden.

Für die Vermessungsverwaltung wird die Wohnungseigentumsverwaltung v.a. als Ansprechpartner anstelle aller Wohnungs- und Teileigentumsmiteigentümer herangezogen.

Betroffene Objekte:

Person

Anschrift

Verwaltung

090200 Personengruppe eintragen / ändern

Definition:

Zur maschinellen Grundbuchführung wird zusätzlich ein Eigentümer- und Flurstücksregister geführt. Mit Hilfe dieses Registers kann eine Zuordnung von bestimmten Personen zu einer Personengruppe erfolgen.

Datenschnittstelle „Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)“ / „maschinell geführtes Grundbuch“	
Definition der Veränderungen	Anlage A zu Nr. 3.2.2
Teil B - Fortführungen im Grundbuch -	
Bezeichnung des Fortführung Ändern in Verzeichnissen ohne Grundbucheintrag	Schlüssel 090000

Betroffene Objekte:

Person

Personengruppe

090300 Änderung der Anschrift

Definition:

Die Anschrift einer Person wird nicht Eintragungsinhalt des Grundbuchs, sondern wird in einem separaten Register erfaßt.

Betroffene Objekte:

Person

Anschrift

090400 Personendaten ändern

Definition:

Mit dieser Fortführung werden die Daten zur Person, die in Verzeichnissen außerhalb des Grundbuchs geführt werden, verändert, z.B. Änderungen der Person Verwalter.

Betroffene Objekte:

Person

Fortführungen im Liegenschaftskataster

Fortführungen	Geschäftsvorgänge	Mitzuteilende Objekt- und Attributarten																Anmerkungen
		Flurstück	Flurstückskennzeichen	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	Flurstück	
010000	Flurstücksdaten																	
010100	Veränderungen am Flurstück ohne Änderung der Umfangsgrenzen des Grundstücks	x																
010101	Zerlegung / Sondernung																	
010102	Verschmelzung "1)																	
010103	Zerlegung und Verschmelzung "1)																	
010200	Veränderung am Flurstück mit Änderung der Umfangsgrenzen des Grundstücks "2)	x																
010201	Veränderung aufgrund der Vorschriften des Straßenrechts																	
010202	Veränderung aufgrund der Vorschriften des Wasserrechts																	
010203	Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz																	
010204	Verfahren nach dem Baugesetzbuch																	
010205	Veränderung aufgrund Berechtigung eines Aufnahmehabers																	
010206	Veränderung aufgrund gerichtlicher Entscheidung																	
010300	Veränderung der Bezeichnung oder der Zugehörigkeit des Flurstücks	x																
010301	Veränderung der Flurstücksbezeichnung																	
010302	Veränderung der Gemarkungszugehörigkeit																	
010303	Veränderung der Gemeindezugehörigkeit																	
0104	Veränderung der Beschreibung des Flurstücks																	
010401	Veränderung der besonderen Flurstücksgränze																	
010402	Veränderung der Lage																	
010403	Veränderung der tatsächlichen Nutzung mit Änderung der Wirtschaftsart																	
010404	Veränderung des Anliegensvermerks																	
010500	Berechtigung der Flurstücksangaben																	
010501	Berechtigung der Flächenangabe																	
010502	Berechtigung eines Zeichenfehlers																	
010503	Berechtigung eines Kreisstrichungsfehlers																	

Fortführungen im Liegenschaftskataster		Mitzutragende Objekt- und Attributarten																										
Fortführungen	Geschäftsvorgänge	Liegenschaft	Flurstück	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil	Flurstücksteil
020000	Verschiebung außer- halb des Grundbuchs (fortführen *3)																											
020100	Katasterliche Buchungsdaten fortführen																											
020101	Katasterliche Buchung eines noch nicht im Grundbuch gebuchten Grund- stücks oder Rechts (Erwerbs-pseudo- blatt)																											
020102	Katasterliche Buchung eines buch- ungsstreifen Grundstücks																											
020200	Katasterliche Namensnummer und Rechtsgemeinschaft fortführen																											
020201	Veränderung der Namensnummer																											
020202	Veränderung der Rechtsgemeinschaft																											
020300	Katasterliche Personendaten fort- führen																											
020301	Veränderung der Personendaten																											
020302	Veränderung der Personengruppe																											
020303	Veränderung der Anschrift aufgrund katasterlicher Erhebung																											
020304	Veränderung der Verwaltung																											

Notiz: *1) = Nur aufgrund vorheriger Anfrage beim Grundbuchamt
(Zuschreibung / Vereinigung wurde zugesagt.

Notiz: *2) = Geschäftsvorgänge, die nicht nach §127 GBO be-
handelt werden

Notiz: *3) = Fortführungen, die nicht nach §127 GBO behandelt
werden.

Fortführungen im Grundbuch		Mitzuteilende Objekt- und Attributarten																									
Fortführungen	Geschäftsvorgänge	Buchungsschlüssel	Buchungssstelle	Buchungsszeit	Laufende Nummer	Art	Nummer im Auftragspl.	Nummer des Sondereigent.	Ergänzung der Buchung	Bemerkung zu Rechten	Nummernummer	Nummer	Pers. Anteil nach § 147 EBO	Person	Vorname	Nachname	Geburtsdatum	Beruf	Deliktverfall Person	Deliktverfall Geburtsdat.	Abnahme	Deliktverfall Abnahme	Personengruppe	Anschrift	Mitgliedschaft	Mitgliedschaft	Mitgliedschaft
030000	Grundbuchblattbezeichnung ändern	030100	Ummummerierung (infolge Zuständigkeitsänderungen am Grundbuch)																								
040000	Beschreibung der Buchungsstelle ändern																										
040100																											
040200																											
040300																											
040400																											
040500																											
040600																											
050000	Angaben zu Eigentümer/Erbauberechtigten ver- ändern																										
050100																											
050101																											
050102																											
050200																											
050300																											
050400																											

Fortführungen im Grundbuch

Fortführungen	Geschäftsvorgänge	Mitzuteilende Objekt- und Attributarten																							
		Buchungsblatt	Buchungsstelle	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort	Buchungsort
060000	Grundstücke																								
060100	buchen																								
060101	Abschreibung	x	x																						
060102	Abschreibung auf neues Buchungs-		x																						
060200	blatt		x																						
060201	Abschreibung auf bestehendes Buch-		x																						
060202	ungsblatt		x																						
060300	Teilung		x																						
060400	Buchung der neuen Grundstücke in		x																						
060500	einem bestehenden Buchungsblatt		x																						
060600	Buchung eines/mehrerer Grundstücke		x																						
060700	Buchung eines/mehrerer Grundstücke		x																						
060800	in einem neuen Buchungsblatt		x																						
060900	Buchung aufgrund katasterlicher		x																						
061000	Zerlegung		x																						
061100	Vereinigung (§ 890 I BGB, § 5 GBO)		x																						
061200	Bestandteilszuschreibung (§ 890 II		x																						
061300	BGB, § 8 GBO)		x																						
061400	Vollziehung einer Verschmelzung		x																						
061500	Buchung aufgrund Veränderung der		x																						
061600	Grundstücksbezeichnung oder der		x																						
061700	Größe (Spalten 3 + 4 des BV)		x																						
061800	Buchung nach § 3 Abs. 4 GBO		x																						
061900	aufheben		x																						
062000	Buchung des Grundstücks auf ein		x																						
062100	neues Buchungsblatt		x																						
062200	Buchung des Grundstücks auf ein		x																						
062300	bestehendes Buchungsblatt der		x																						
062400	Miteigentümer		x																						
062500	Aufhebung eines Wohnungseigentums		x																						
062600	Buchung des Grundstücks auf ein		x																						
062700	neues Buchungsblatt		x																						
062800	Buchung des Grundstücks auf ein		x																						
062900	bestehendes Buchungsblatt		x																						
063000	Umschreibung des Grundbuchs (§§ 28		x																						
063100	ff. 68 GBV)		x																						
063200	Neufassung des Grundbuchs (§§ 33, 69		x																						
063300	GBV)		x																						

Fortführungen im Grundbuch

Fortführungen	Geschäftsvorgänge	Mitzuteilende Objekt- und Attributarten																										
		Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel	Buchungsschlüssel
061200	Erstbuchung eines Grundstücks	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
061300	Ausbuchung eines Grundstücks nach § 3 (3) GBO	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
061400	Aufhebung von Anteilen am ungetrennten Hofraum	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070000	Rechte buchen																											
070100	Erbaurecht anlegen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070200	Erbaurecht aufheben	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070300	Herschvermerk buchen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070400	Herschvermerk anlegen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070500	Unterbaurecht anlegen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070600	Unterbaurecht aufheben	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070700	Sonstige Rechte anlegen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070800	Sonstige Rechte aufheben	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
070900	Wohnungserbaurecht aufheben	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
071000	Wohnungserbaurecht anlegen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
071100	Teilung Herschvermerk aufheben	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
071200	Teilung sonstiges Recht aufheben	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080000	Anteile buchen																											
080100	Buchung nach § 3 Abs. 4 GBO	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080200	Anlegen von Wohnungseigentum	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080300	Anlegen von Wohnungserbaurecht	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080400	Anlegen von Anlegen Wohnungserbaurecht	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080500	Teilung eines Herschvermerks	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080600	Teilung eines sonstigen Rechts	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080700	Erfassen ungetrennter Hofräume	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080800	Teilung einer Buchung § 3 Abs. 4 GBO nach Wohnungseigentumsgesetz	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
080900	Teilung eines Anteils am ungetrennten Hofraum nach Wohnungseigentumsgesetz	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Mitzuteilende Objekt- und Attributarten

Datenübermittlung Liegenschaftskataster / Grundbuch

- Definition der Änderungselemente -

Objektart	Definition
Anschrift	Die Anschrift ist die postalische Adresse. Ferner können Fax, Telefon und Datenherkunft Anschrift geführt werden.
Buchungsblatt	<p>Das Buchungsblatt ist ein Grundbuchblatt, wenn es die Buchung im Grundbuch enthält. Darüber hinaus kann das Buchungsblatt für Buchungen im Liegenschaftskataster entweder ein</p> <ul style="list-style-type: none"> • Katasterblatt, • Erwerberblatt, • Pseudoblatt oder • Fiktives Blatt <p>sein.</p>
Buchungsstelle	Die Buchungsstelle ist die unter einer laufenden Nummer im Bestandsverzeichnis eingetragene Buchung.
Namensnummer	Die Namensnummer ist die laufende Nummer der Eintragung, unter der der Eigentümer / Erbauberechtigte im Buchungsblatt geführt wird. Die Bruchteilsgemeinschaft (Anteil der Berechtigten) nach §47 GBO wird als Attribut zur Namensnummer geführt.
Person	Die Person (Eigentümer / Erbauberechtigter, Verwalter) ist eine natürliche oder juristische Person und enthält die nach §15 GBV vorgesehenen Angaben.
Personengruppe	Die Personengruppe ist eine Zusammenfassung von Personen (z.B. mit unterschiedlicher Schreibweise) unter einem Ordnungsbegriff.
Rechtsgemeinschaft	Eine Rechtsgemeinschaft bilden die in einer Gesamthandsgemeinschaft stehenden Personen. Es wird die Art der Rechtsgemeinschaft (z.B. in Erbengemeinschaft) nachgewiesen. Der Anteil an dem für die Gemeinschaft maßgebenden Rechtsverhältnis wird in Bruchteilen (§ 47 GBO) als Attribut nachgewiesen.
Verwaltung	Die Verwaltung beschreibt die Grundlagen und die Befugnisse des Verwalters entsprechend dem Wohnungseigentumsgesetz (z.B. für Wohnungs-/Teileigentum).

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil A: Benutzungsanforderung des Liegenschaftskatasters an das maschinell geführte Grundbuch	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Flurstücksdaten	1.0

Definition:

Das Katasteramt fordert Informationen zum Flurstück für folgende Sachverhalte an:

- Daten der Abteilung II und III für die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen
- Abgleich mit den eigenen Buchungs- und Eigentümerdaten.

1.1 Flurstück

Definition:

Die Übermittlung des Flurstückskennzeichens führt zur Übertragung der zugehörigen Buchungs- und Eigentümerdaten und der ggf. optional angeforderten Daten.

Die Angabe von Flurstücksnummernbereichen ist möglich.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt

Flur

Gemarkung

Stände:

Grundbuchstand

Grundbuchstand mit Historie

Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Rechtsgemeinschaft

Person

Anschrift

Personengruppe

Verwaltung

Optional zu übertragende Objekte:

Besondere Flurstücksgrenze

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil A: Benutzungsanforderung des Liegenschaftskatasters an das maschinell geführte Grundbuch	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Flurstücksdaten	1.0

Lage
 Tatsächliche Nutzung
 Übergangsfläche
 VN-Position
 Informationen zu Abteilung II und III
 Fläche mit Festlegungen nach Bundesrecht

Beispiel:

Die Buchungs- und Eigentümerdaten werden als Basisdaten für die Durchführung einer Umlegung benötigt.

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil A: Benutzungsanforderung des Liegenschaftskatasters an das maschinell geführte Grundbuch	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Buchungsdaten	2.0

Definition:

Das Katasteramt fordert Informationen zu Buchungs- und Eigentümerdaten für folgende Sachverhalte an:

- Daten der Abteilung II und III für die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen
- Abgleich zwischen den ALKIS-Bestandsdaten und den Grundbuchdaten.

2.1 Buchungsblatt

Definition:

Die Übermittlung des Buchungsblatts führt zur Übertragung der zugehörigen Buchungs- und Eigentümerdaten und optional zu den Informationen der Abteilung II und III.

Die Angabe von Bereichen ist möglich.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt
Buchungsbezirk
Grundbuchamtsbezirk

Stände:

Grundbuchstand
Grundbuchstand mit Historie
Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Buchungsstelle
Namensnummer
Rechtsgemeinschaft
Person
Anschrift
Personengruppe
Verwaltung

Optional zu übertragende Objekte:

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil A: Benutzungsanforderung des Liegenschaftskatasters an das maschinell geführte Grundbuch	
Bezeichnung der Anforderung Buchungsdaten	Schlüssel 2.0

Flurstück
 Besondere Flurstücksgrenze
 Lage
 Tatsächliche Nutzung
 Übergangsfläche
 VN-Position
 Informationen zu Abteilung II und III

Beispiel:

Für ein Umlegungsverfahren werden die Buchungs- und Eigentümerdaten von Gebieten benötigt, in denen Grundbuchbezirk nicht gleich Gemarkung ist.

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil A: Benutzungsanforderung des Liegenschaftskatasters an das maschinell geführte Grundbuch	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Buchungsdaten	2.0

2.2 Buchungsstelle

Definition:

Die Übermittlung der Buchungsstelle führt zur Übertragung der Buchungs- und Eigentümerdaten einer Buchungsstelle.

Die Angabe von Bereichen ist möglich.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt

Stände:

Grundbuchstand

Grundbuchstand mit Historie

Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Buchungsblatt

Namensnummer

Rechtsgemeinschaft

Person

Anschrift

Personengruppe

Verwaltung

Optional zu übertragende Objekte:

Flurstück

Besondere Flurstücksgrenze

Lage

Tatsächliche Nutzung

Übergangsfläche

VN-Position

Informationen zu Abteilung II und III

Beispiel:

Die Daten werden für den gezielten Abgleich einzelner Buchungsstellen zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch benötigt.

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil A: Benutzungsanforderung des Liegenschaftskatasters an das maschinell geführte Grundbuch	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Personendaten	3.0

Definition:

Das Katasteramt fordert Informationen zu Personendaten für folgende Sachverhalte an:

- Abgleich zwischen den Daten des ALKIS-Bestandes und denen des Grundbuchs
- Daten zur Buchungsstelle der Person unabhängig vom Zuständigkeitsbereich des Katasteramtes (z.B. bei Fremdbuchungen).

3.1 Person

3.2 Personengruppe

Definition:

Die Übermittlung der Objektart Person / Personengruppe führt zur Übertragung der Buchungs- und Eigentümerdaten. Die Angabe von Bereichen ist nicht möglich.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt

Stände:

Grundbuchstand

Grundbuchstand mit Historie

Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Buchungsblatt

Namensnummer

Rechtsgemeinschaft

Personengruppe bzw. Person

Anschrift

Verwaltung

Optional zu übertragende Objekte:

Buchungsstelle

Flurstück

Datenschnittstelle “Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)” / “maschinell geführtes Grundbuch”	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil A: Benutzungsanforderung des Liegenschaftskatasters an das maschinell geführte Grundbuch	
Bezeichnung der Anforderung Personendaten	Schlüssel 3.0

Besondere Flurstücksgrenze
 Lage
 Tatsächliche Nutzung
 Übergangsfläche
 VN-Position

Beispiel:

Für ein Umlegungsverfahren werden die Buchungs- und Eigentümerdaten von einzelnen Personen benötigt.

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil A: Benutzungsanforderung des Liegenschaftskatasters an das maschinell geführte Grundbuch	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Sachverhalt	4.0

Definition:

Das Katasteramt fordert Informationen zum Veränderungsnachweis für folgenden Sachverhalte an:

- Abgleich der Vollzüge des Veränderungsnachweises zwischen Grundbuch und Liegenschaftskataster.

4.1 Veränderungsnachweis

Definition:

Die Übermittlung der Objektart Veränderungsnachweis führt zur Übertragung der angeforderten Veränderungsnachweisdaten und der zugehörigen Objekte. Es dürfen nur einzelne Veränderungsnachweise angefordert werden.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt

Stände:

Grundbuchstand

Mitzuübertragende Objekte:

Buchungsblatt
 Buchungsstelle
 Namensnummer
 Rechtsgemeinschaft
 Person
 Anschrift
 Personengruppe

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung Flurstücksdaten	Schlüssel 1.0

Definition:

Das Grundbuchamt fordert Informationen zum Flurstück für folgende Sachverhalte an:

- Flurstück bisher noch nicht im Grundbuch gebucht
- eigene Informationen abgleichen
- gekennzeichnete Bodenordnungsmaßnahmen abgleichen

1.1 Flurstück

Definition:

Die Übermittlung des Flurstückskennzeichens führt zur Übertragung der angeforderten Flurstücksdaten und der zugehörigen Objekte. Die Angabe von Flurstücksnummernbereichen ist möglich.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt
Flur
Gemarkung
Gemeinde
Vermessungsamtsbezirk
Veränderungsnachweis

Stände:

Katasterstand
Katasterstand mit Historie
Stand nach Veränderungsnachweis
Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Besondere Flurstücksgrenze
Lage
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen.	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung Flurstücksdaten	Schlüssel 1.0

VN-Position
 Buchungsblatt
 Buchungsstelle

Optional zu übertragende Objekte:

Namensnummer
 Rechtsgemeinschaft
 Informationen zu Abteilung II und III
 Person
 Anschrift
 Personengruppe
 Verwaltung
 Fläche mit Festlegungen nach Bundesrecht

Beispiel für die Anforderung eines einzelnen Flurstücks:

Ein räumlich nicht zuständiges Grundbuchamt bucht ein Grundstück aus einem fremden Buchungsbezirk. Für die Eintragung werden besondere Flurstücksgrenze, Lage, tatsächliche Nutzung und Fläche benötigt.

Beispiel für die gebietsweise Anforderung von Flurstücken:

Die Flurstücke einer Flur, Gemarkung, Gemeinde oder eines Vermessungsamtsbezirks wechseln in die räumliche Zuständigkeit eines anderen Grundbuchamtes und werden dort erstmals gebucht.

Beispiel für die Anforderung von Flurstücken eines Veränderungsnachweises:

Ein Veränderungsnachweis wurde an das räumlich zuständige Grundbuchamt zur Eintragung übermittelt. Auf Antrag eines Beteiligten werden Grundstücke auf das Grundbuchblatt eines benachbarten Grundbuchamts gebucht. Für die Eintragung der Grundstücke sind die VN-Informationen erforderlich.

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung Flurstücksdaten	Schlüssel 1.0

1.2 Lage

Definition:

Diese Anforderung liefert über die Angabe der Lage alle damit verknüpften Flurstücke.

Die Angabe von Bereichen ist möglich.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt
Flur
Gemarkung
Gemeinde
Vermessungsamtsbezirk
Veränderungsnachweis

Stände:

Katasterstand
Katasterstand mit Historie
Stand nach Veränderungsnachweis
Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Flurstück
Besondere Flurstücksgrenze
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche
VN-Position
Buchungsblatt
Buchungsstelle

Optional zu übertragende Objekte:

Namensnummer
Rechtsgemeinschaft

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung Flurstücksdaten	Schlüssel 1.0

Person
Anschrift
Personengruppe
Verwaltung

Beispiel:

Die Geschäftsstelle des Grundbuchamtes erhält zu diesem Objekt die Buchungsstellen und Eigentümer von gebuchten und nicht gebuchten Grundstücken, deren Flurstücksnummern sie nicht kennt.

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Buchungsdaten	2.0

Definition:

Das Grundbuchamt fordert Informationen zu Buchungsdaten für folgende Sachverhalte an:

- Eigene Informationen abgleichen
- Änderungen von regionalen Zuständigkeiten seitens des Grundbuchs
- Verzeichnisse außerhalb des Grundbuchs abgleichen (z.B. bisher noch nicht gebuchte Rechte.

2.1 Buchungsblatt

2.2 Buchungsstelle

Definition:

Die Übermittlung des Buchungsblatts / Buchungsstelle führt zur Übertragung der angeforderten Buchungsdaten und der zugehörigen Objekte. Die Angabe von Bereichen für Buchungsblatt ist möglich.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt
Buchungsbezirk
Grundbuchamtsbezirk

Stände:

Katasterstand
Katasterstand mit Historie
Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Flurstück
Besondere Flurstücksgrenze
Lage
Tatsächliche Nutzung
Übergangsfläche
VN-Position

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung Buchungsdaten	Schlüssel 2.0

Buchungsstelle bzw. Buchungsblatt
 Namensnummer
 Rechtsgemeinschaft
 Person
 Anschrift
 Personengruppe
 Verwaltung

Optional zu übertragende Objekte:
 Informationen zu Abteilung II und III

Beispiel:

Das Grundbuchamt erhält für den Aufbau von Verzeichnissen außerhalb des Grundbuchs die Daten des Liegenschaftskatasters als Basisdaten (Erstdatenbestand).

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung Personendaten	Schlüssel 3.0

Definition:

Das Grundbuchamt fordert Informationen zu Personendaten für folgende Sachverhalte an:

- Eigene Informationen abgleichen
- Verzeichnisse außerhalb des Grundbuchs abgleichen (z.B. für die Angaben zu einer bestimmten Person / Personengruppe)
- Nach der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen
- Bei erstmaliger Buchung bisher nicht gebuchter Flurstücke.

3.1 Person

3.2 Personengruppe

Definition:

Die Übermittlung der Objektart Person / Personengruppe führt zur Übertragung der angeforderten Personendaten und der zugehörigen Objekte. Die Angabe von Bereichen ist nicht möglich.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt

Stände:

Katasterstand

Katasterstand mit Historie

Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Flurstück

Besondere Flurstücksgrenze

Lage

Tatsächliche Nutzung

Übergangsfläche

VN-Position

Buchungsblatt

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Personendaten	3.0

Buchungsstelle
 Namensnummer
 Rechtsgemeinschaft
 Personengruppe bzw. Person
 Anschrift
 Verwaltung

Beispiel:

Die Geschäftsstelle des Grundbuchamtes erhält alle Grundstücke und Rechte von gebuchten und nicht gebuchten Flurstücken einer bestimmten Person / Personengruppe.

Datenschnittstelle "Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)" / "maschinell geführtes Grundbuch"	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung	Schlüssel
Sachverhalt	4.0

Definition:

Das Grundbuchamt fordert Informationen zum Veränderungsnachweis für folgenden Sachverhalte an:

- Antrag eines Eigentümers zur Übernahme des Veränderungsnachweises.

4.1 Veränderungsnachweis

Definition:

Die Übermittlung der Objektart Veränderungsnachweis führt zur Übertragung der angeforderten Veränderungsnachweisdaten und der zugehörigen Objekte. Es dürfen nur einzelnen Veränderungsnachweise angefordert werden.

Auswertebereiche:

Einzelnes Objekt

Stände:

Katasterstand

Zeitraum

Mitzuübertragende Objekte:

Flurstück

Lage

Besondere Flurstücksgrenze

Tatsächliche Nutzung

Übergangsfläche

VN-Position

Buchungsblatt

Buchungsstelle

Namensnummer

Rechtsgemeinschaft

Person

Anschrift

Personengruppe

Datenschnittstelle “Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)” / “maschinell geführtes Grundbuch”	
Definition der Benutzungsanforderungen	Anlage D zu Nr. 3.2.3
Teil B: Benutzungsanforderung des Grundbuchs an ALKIS	
Bezeichnung der Anforderung Sachverhalt	Schlüssel 4.0

Beispiel:

Übernahme der Daten des Veränderungsnachweises für Grundstücke oder Rechte, die im örtlich zuständigen Grundbuchamt gebucht werden sollen (auf Antrag des Eigentümers).

Daten zu einem Veränderungsnachweis werden erneut benötigt infolge von Datenverlust.

Anforderungen	Objekte	Bereiche	Stände	Mitzuübertragende Objekte
1.0 Flurstücksdaten		Einzelnes Objekt		Flurstück
1.1		Flur		Flurstück
2.0 Buchungsdaten		Buchung		Buchungssatz
2.1		Buchungsblatt		Buchungssatz
2.2		Buchungsstelle		Buchungssatz
3.0 Personendaten		Person		Person
3.1		Personengruppe		Personengruppe
3.2		Personengruppe		Personengruppe
4.0 Sachverhalt		Veränderungsnachweis		Veränderungsnachweis
4.1		Veränderungsnachweis		Veränderungsnachweis
x = Standard				
o = Optional				

Anforderungen	Objekte	Bereiche	Stände	Mitzuübertragende Objekte
1.0 Flurstücksdaten		Karte	Grundbuchstand mit Historie Grundbuchstand Stand nach Veränderungswert Katasterstand im Historie Katasterstand	Flurkarte Besondere Flurstücksgrenze Lage Idiosynkratische Nutzung Übergangsfläche M-Position Buchungsholl Buchungsstelle Kontensnummern Rechtsgrundbuchrolle Mitgliedschaften zu Abs. I und II Person Ausfall Personengruppe Verordnung
1.1			X	X
1.2			X	X
2.0 Buchungsdaten				
2.1			X	X
2.2			X	X
3.0 Personendaten				
3.1			X	X
3.2			X	X
4.0 Sachverhalt				
4.1			X	X
x = Standard				
o = Optional				